

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Aus dem Inhalt:

Die Politik der Internationale
Der nationalistische Rausch
Gestalten aus dem Dritten Reich
Der Traumwandler

Das Verbrechen an der Freiheit

Die englische Hilfe für Hitler

Die englische Politik hat der Sache der europäischen Demokratie und des internationalen Rechtsgedankens einen großen Dienst erwiesen, als sie dem italienischen Angreifer entschieden entgegentrat und den Völkerbund zu Sanktionen gegen den Rechtsbrecher fortriß. Diese Politik war Dienst am Frieden und an der Freiheit, sie hat den Völkern Hoffnungen gegeben.

Diese Leistungen und diese Hoffnungen sind zerschlagen — zerschlagen von der englischen Politik selbst. In der Stunde, in der die Idee des Rechts, der Gedanke der kollektiven Sicherheit sich in Europa bewähren mußte, hat die englische Politik die Politik der kollektiven Sicherheit ersetzt durch die Wiederaufnahme einer Politik des europäischen Gleichgewichts nach dem Muster der Vorkriegszeit. Sie hat die Politik des Vertragsbruchs, der Schaffung vollendeter Tatsachen, wie sie Hitler führt, begünstigt. Sie ist zur stärksten Helferin geworden für den hitlerischen Versuch, von seinen innerwirtschaftlichen Schwierigkeiten durch ein außenpolitisches Abenteuer abzulenken. Sie hat durch ihre Stellungnahme und ihre Erklärungen die nationalistische Propaganda in Deutschland gefördert.

Die englische Regierung und ein erheblicher Teil der englischen öffentlichen Meinung sehen die geistige Haltung des deutschen Volkes durch einen Zerrspiegel. Sie verwechseln den durch die Diktatur künstlich hochgepeitschten Nationalismus mit der natürlichen Grundstimmung des deutschen Volkes. Sie glauben, daß sie durch Entgegenkommen gegen den dirigierten Nationalismus ihn abschwächen, ja pazifizieren könnten. Sie sehen nicht, daß dieser Nationalismus das große Mittel für die Diktatur ist, sich zu behaupten, daß sie ihn immer aufs neue aufpeitschen muß, wenn sie Schwierigkeiten zu überwinden hat. Sie suchen den Grund für die Unruhe in Europa im deutschen Volke statt in der Hitlerdiktatur. Und weil sie so falsch sehen, haben sie jetzt eine Haltung eingenommen, die die Diktatur Hitlers über das deutsche Volk stärken muß.

Dieser Irrtum ist um so phantastischer, als die englische Öffentlichkeit eben erst einen Anschauungsunterricht über die Erzeugung von Kriegsstimmung und überhöhten Nationalismus erhalten hat. Sie hat nun fast ein Jahr Zeit gehabt, zu beobachten, wie die wilden Kriegsreden Mussolinis, wie die Raserei seiner dirigierten Presse, wie die Aufpeitschung aller schlechten Leidenschaften durch die Propaganda der Diktatur den Geisteszustand des italienischen Volkes traurig verändert hat. Und jetzt — jetzt bekräftigt sie selbst die Stichworte der nationalistischen Propaganda in Deutschland, jetzt fördert sie das schamlose Spiel, das die verlogene Hitlerpropaganda mit dem Begriff der Gleichberechtigung treibt, jetzt ist sie selbst zum Narren dieser höllischen Dialektik der Hitlerdiktatur geworden!

Soll das deutsche Volk nicht in einen sinnlosen Taumel nationalistischer Leidenschaft rasen, wenn die Propagandamaschine der Diktatur ihm täglich einhämmern kann: »Wir haben Recht, wir haben Rechte, und wenn sie dabei täglich auf die englische Presse, auf die Erklärungen englischer Staatsmänner, auf die Haltung der englischen Regierung verweisen kann? Wie muß es auf die friedliebenden Völker in Europa wirken, wenn sie zusehen müssen, wie die mit Krieg dro-

hende Hitlerdiktatur neue Kraft aus der englischen Begünstigung ihres Gewaltstreiches zieht? Muß nicht die deutsche Diktatur zu dem Glauben kommen: alles ist erlaubt? Wohin muß es führen, wenn erst mit Hitler das ganze deutsche Volk der Selbsttäuschung verfällt: England erlaubt alles?

Die Stellung der englischen Politik in der jetzigen großen Krise muß diese Selbsttäuschung erzeugen. Wenn aus dieser Selbsttäuschung heraus die Hitlerdiktatur, gestützt auf ihren inneren Prestigegewinn, zu neuen Abenteuern schreitet, die zur Katastrophe führen, wird die englische Politik ein voll gerütteltes Maß von Schuld daran tragen — und sie wird dann, wenn sie im Augenblick des Kriegsausbruchs auf der anderen Seite steht, im deutschen Volke wieder jene Haßstimmung gegen sich hervorrufen, die aus den Augusttagen von 1914 noch allen im Gedächtnis sein sollte!

Die Politik der Stützung Hitlers steht im krassen Gegensatz zu den Interessen der europäischen Demokratie, und es ist

einer der tragischsten Züge der gegenwärtigen Geschichtsperiode, daß eine der stärksten Kräfte der europäischen Demokratie, daß die englische Demokratie verbündet zur Förderung der Macht und des Prestiges Hitlers beiträgt. Und nicht nur Hitlers! Mit ihm gemeinsam zeigt sich heute Mussolini in der Geste des Triumphators über die Idee der kollektiven Sicherheit und den Völkerbund. Wer glaubt noch an eine Verschärfung der Sanktionen des Völkerbundes gegen den Angreifer Mussolini, ja nur noch an die Durchführung der bisherigen Sanktionen, nachdem die englische Politik vor dem Geist der Hitlerpolitik kapituliert hat?

Wer kann heute den Schein zerstören, wenn Hitler und Mussolini vor ihre geknechteten Massen treten und ihnen sagen: wir haben einen großen Sieg über den Völkerbund davongetragen, wir haben bei allen Völkern sein Prestige zerstört, wir haben ihm die Waffe der Sanktionen genommen, wenn Hitler erklärt: ich habe Frankreich isoliert, eine wichtige Etappe meines Programms verwirklicht, die westeuropäischen Fragen von den osteuropäischen losgelöst, Macht und Prestige für

Deutschland gewonnen? Es sind nicht die langen Perspektiven, die die geknechteten Völker sehen, sondern der Schein des Augenblicks, und es ist der Schein des Augenblicks, mit dem die Diktatoren ihre Völker betören. Daß neben dem entwerteten Völkerbund die bündnismäßigen Machtgruppierungen sich in den Vordergrund schieben, daß die Rüstungen gegen Deutschland weitergehen — nun erst recht, und um so erbitterter — daß die Kriegsgefahr nicht weicht, sondern wächst, daß aus dem Schutzbedürfnis der Bedrohten nun eine echte bündnismäßige Einkreisung zu werden droht — das geht heute im Rausch unter.

Dieser Rausch soll ein Mittel zur Herbeiführung des Friedens in Europa sein, seine Förderung eine Politik, die den Völkern nützt? Eines Tages wird auch die englische Politik aus ihrem grandiosen Irrtum erwachen. Sie wird dann erkennen, was es bedeutet, wenn man Diktatoren Tagestriumphe verschafft. Sie wird dann mit Entsetzen sehen, daß der nationalistische Rausch von heute die Generalprobe für den Rausch am Tage der Mobilmachung war.

Der nationalistische Rausch

„Die Fahnen flattern hoch im Wind“

Wieder und noch einmal wird die Stimmung des Festefeierns hochgetrieben, fast wie in den Frühlingswochen des Jahres 1933. Nicht der Truppeneinmarsch in das Rheinland hat zunächst und zumeist diese neue Stimmungswooge geschaffen, denn es war erst in der Volksmehrheit viel mehr Bestürzung und Verblüffung vorhanden als Begeisterung. Auch die Nazis, wenigstens der älteren Jahrgänge, wurden erst munter, als der erste Schrecken vor dem Kriegsgespens am Horizont zu weichen begann, und man mit beinahe ungläubigem Staunen wahrnahm, daß von keiner Seite her die befürchteten Aktionen drohten. Da erst setzte sich die »Wacham-Rhein«-Stimmung durch, und die gewaltige Propagandamaschine des Reichs und der Partei, die intensiver arbeitet denn je, fand das Feld zu ihrer Aussaat bereit.

Auch jetzt noch gibt es Millionen und Millionen bedächtiger und sorgenvoller Menschen, zumal in der Arbeiterschaft und in der Geschäftswelt, aber die Volksmehrheit und gerade auch Jugend aller Schichten ist im Augenblick von dem nationalistischen Hochgefühl mitgerissen. Man muß sich das eingestehen und auch hinzufügen, daß die abenteuerliche Kühnheit der außenpolitischen Entschlüsse und Kraftproben des Regimes unzähligen jungen Deutschen imponiert. Nur sollte man nirgendwo in Europa glauben, daß dadurch eine deutsche Jugend mit irgendwelchen Rechtsbegriffen für die Einhaltung internationaler Verträge heranwächst. Wer in diesen Tagen Gelegenheit hatte, mit jungen Deutschen, die keineswegs Nazi zu sein brauchen, über Verträge mit fremden Staaten, über Vertrauen zwischen Völkern und so etwas wie internationale Moral zu sprechen, der wird gefunden haben, daß in dieser Jugend überhaupt jedes Gefühl dafür fehlt, daß ein friedliches Zusammenleben der Völker nur unter gewissen Rück-

sichten jedes Volkes auf jeden seiner Nachbarn möglich ist. Gewiß, man jubelt einer rednerischen Phrase zu, die auffordert, das Kriegsbeil zwischen Deutschland und Frankreich zu begraben, aber es kommt dabei keinem der jungen Menschen zum Bewußtsein, daß das unmöglich ist, wenn das Deutsche Reich die Vorherrschaft in Europa anstrebt, so wenig eine Verständigung möglich war, solange Frankreich die Hegemonie ausübte.

In dem Aufbrausen der Beifallsstürme äußert sich zugleich der Rausch eines unbändigen Kraftgefühls, das glaubt, durch Auftrumpfen mit der Militärmacht und dem Er trotzen jeder Forderung die höchsten nationalistischen Ziele erreichen zu können. Deutlicher denn je lehren die lärmenden Volksparaden und Wahlfestaufzüge, die man jetzt in Deutschland erlebt, daß es eine hohle und brüchige Behauptung Hitlers ist, er habe die Synthese zwischen Nation und Sozialismus herbeigeführt. Tatsache ist, daß seine Bewegung den überspanntesten und aggressivsten Nationalismus geschaffen hat, der je in einem europäischen Volke lebte, und den man sich in dieser Raserei zuvor in Deutschland hätte gar nicht vorstellen können. Der Sozialismus dagegen, jede Art von Sozialismus verschwindet hinter den Kullissen der Fahnen und Girlanden. Aber er wird immer wieder in seiner ernsten und gebieterischen Forderung hervortreten, wenn die Fahnen dem Alltag und seiner Sorgen weichen müssen. Propaganda kann viel, viel mehr als jeder von uns ahnte, aber sie kann nicht einen korruptierten und im Grunde seiner Zukunft selbst unsicheren Rüstungskapitalismus durch Militärmärsche und Radioreden in den Sozialismus verzaubern, den so oder so auch die meisten von den Deutschen wollen, die nun für einige Wochen sich im nationalistischen Festrausch betäuben.

H. W.

Das nennt sich Wahl!

»Gazeta Polska« meldet aus Berlin:

Der Verband der Polen in Deutschland hat beim Innenministerium um Information über die Möglichkeit der Vorlage einer Kandidatenliste zu den am 29. März stattfindenden Wahlen nachgesucht. Durch eine Zuschrift des Ministeriums wurde ihm mitgeteilt, daß keine anderen Kandidaten in Frage kämen außer denen, deren Name auf der amtlichen Einheitsliste der nationalistischen Partei seien. Aus diesem Grunde sah der Verband ein, daß die polnische Beteiligung an den kommenden Wahlen zwecklos sei.

Liebenswürdiger Gastgeber

Göbels lud 600 Arbeiter der Berliner Betriebe bei sich zu Gast. Er begrüßte sie mit den Worten:

»Als Vertreter der Opposition hatten wir früher nichts mit dem zu tun, was Repräsentation heißt. Das ist heute, wo wir nicht nur eine Partei, sondern auch den Staat, und zwar nicht nur dem eigenen Volk, sondern auch der Welt gegenüber zu vertreten haben, anders geworden. Es ergeben sich daraus zahllose Verpflichtungen, über die der einzelne nicht mehr entscheiden kann und darf, ob sie ihm nun angenehm sind oder nicht. Und wenn ich Künstler und Wirtschaftler, Diplomaten und Politiker empfangen, so liegt kein Grund vor, nicht auch die Arbeiter als Gäste zu mir zu bitten.«

Angenehm war ihm der Besuch also nicht, aber die Repräsentationspflichten dem Ausland gegenüber — und das Wahlmanöver im Inland — erheischten gute Miene zum bösen Spiel. Deutlicher hätte er seinen Gästen gar nicht sagen können. Nur gut, daß »Verpflichtungen« solcher Art aus dem Repräsentations- und Propagandafonds, das heißt mit den Steuergeldern des Volkes finanziert werden, sonst könnten vielleicht die Hochnoblen, brillantenblitzenden und sektschäumenden Hauskonzerte der Frau Magda darunter leiden.

Hitlerdeutschland — eine Demokratie?

Ausverkauf von Idealen — Das Haus Hitler versucht es mit einer anderen Firmierung.

Das sie lügen, ist nicht neu, und wenn heute irgendein nationalsozialistischer Oberführer in öffentlicher Volksversammlung die Behauptung aufstellte, der Mond sei ursprünglich grün gewesen und die Juden hätten ihm seine Farbe gestohlen, um ihre Synagogen damit anzustreichen, so würde das kaum noch überraschen. Nein, daß sie lügen ist nicht neu, es interessiert nur von Fall zu Fall die Frage, warum lügen sie so und nicht anders? Da fielen z. B. in den jüngsten braunen Wahlen die folgenden Sätze:

»Ich will weiter, daß durch diese Wahl der Welt gezeigt wird, daß in Deutschland nicht die Bajonette ein Volk führen würden, sondern daß hier eine Regierung getragen wird vom Vertrauen des ganzen Volkes. Ich setze meinen Ehrgeiz darin (er sagte wirklich »darin« D. Red.) keinen Staatsmann auf der Welt zu kennen, der mit mehr Recht als ich sagen kann, Vertreter seines Volkes zu sein!«

(Hitler in Hamburg.)
»Deutschland wird von einem Diktator regiert?« Wir angeblichen Diktatoren haben den Mut gehabt, in drei Jahren das Volk dreimal an die Wahlurne zu rufen!« (Göbbels in Leipzig.)

»In Deutschland herrscht heute nicht, wie im Ausland vielfach behauptet wird, Diktatur, sondern vielmehr eine wahrhaftige echte Demokratie.«

(Frick in Brandenburg.)
Die Behauptung, das Dritte Reich sei eine Demokratie, verliert natürlich nicht an Lächerlichkeit und gewinnt nicht an Glaubwürdigkeit, wenn sie mehrfach wiederholt wird, denn wie die »Volksbefragungen« in Hitlerdeutschland aussehen, daß die zustimmende Antwort mit Terror und Bespitzelung, mit Drohungen und Erpressungen, mit Gummiknüppel und Stahlrute erzwungen wird, weiß man im In- wie im Ausland. Und von der nachträglichen Umfälschung der dennoch abgegebenen Nein- und Ja-Stimmen wäre die Welt auch dann überzeugt, wenn die Kniffe geschickter gehandhabt und nicht immer wieder in den verschiedensten Wahlbezirken mehr Stimmen gezählt würden als Wähler vorhanden sind. Aber das Märchen von der nationalsozialistischen Demokratie ist nicht nur läppisch, es erscheint auf den ersten Blick auch überflüssig. Haben sich die Hakenkreuzführer nicht selbst oft genug damit gebrüht, daß es ihnen gelungen sei, der »faulen« Demokratie den Garaus zu machen, alle Verantwortung auf die eigenen Schultern zu nehmen und das Führerprinzip bis in die Kanarienzüchtervereine hinein zu verwickeln? Warum möchten sie nun die Welt durch ständige Wiederholung der gleichen Phrase glauben machen, daß sie selbst die Wahrer jener Demokratie seien, auf deren Zerstörung sie so stolz sind? Warum bekennen sie nicht so gerade und ehrlich, wie es dem »nordischen Menschen« ihrer eigenen Auffassung nach ziemt: Jawohl, wir regieren diktatorisch, weil wir die Diktatur hochschätzen und sie für den einzigen Weg halten, unsere Pläne zu verwirklichen? Warum lügen sie?

Sie lügen einmal, weil sie die Verantwortung, von der sie soviel reden, auf das ganze Volk abwälzen wollen. Denn was sie der wahren Demokratie anlogten: daß in ihr keiner die Verantwortung trüge, das haben sie selbst in ihrem eigenen Staat bis zum Exzeß verwirklicht. »Der Führer weiß das nicht« — »Uebergriffe untergeordneter Instanzen« — »Das Volk hat es selbst gewollt« — jeder schiebt es auf jeden, und wenn es gar nicht mehr anders geht, werden wie am 30. Juni 1934 ein paar hundert Mann abgeknallt, damit die anderen unbeschwert weiterwursteln können.

Sie lügen also, weil sie sich vor der Verantwortung drücken möchten. Aber das ist es nicht allein. Sie lügen auch, weil sie Geschäfte machen wollen. Geschäfte mit wem? Mit einer demokratischen Umwelt. Und hier wird die Sache erst eigentl. pikant. Den Herrenmenschen, den Führernaturen, den angeblich sturen Geradeausgehern ist langsam die Erkenntnis gedämmert, daß die Diktatur nicht mehr hoch im Kurs steht, daß die Welt es müde geworden ist, daß die zivilisierten demokratischen Völker es satt haben, statt mit gleichberechtigten Partnern mit ein paar Gefängniswächtern zu verhandeln, die vorgeben, im Namen der von ihnen unter Verschuß gehaltenen, in Ketten gelegten Häftlinge zu sprechen.

Die Aktien der Diktatur sind gesunken. Die Entwicklung in Spanien, in Oesterreich, in Rußland beweist es. Diktatur wird an der Völkerbörse unter pari gehandelt, und die Staatsmänner, die beweglich genug sind, versuchen aus dem Geschäft auszusteigen. Die nationalsozialistischen Staatsmänner können nicht mehr aussteigen. Sie haben dem

Die Politik der Internationale

Die Londoner Konferenz gegen Hitlers Vertragsbruch

Am 19. und 20. März 1936 tagte in London unter dem Vorsitz von Walter M. Citrine und Louis de Broekere eine gemeinsame Konferenz der Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale und des Ausschusses des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Sie beschloß nach eingehender Debatte folgende Resolution zur internationalen Lage nach dem Einmarsch der deutschen Truppen in die Rheinlandzone:

An alle Arbeiter!

Wieder einmal droht der Welt ernste Gefahr für den Frieden. Wieder einmal will die Nazi-Diktatur ihre Ziele durch Wortbruch erreichen. Nicht allein der Vertrag von Versailles ist rücksichtslos zerrissen worden, sondern auch der Vertrag von Locarno, den Deutschland frei geschlossen und Hitler selbst noch im Mai des vergangenen Jahres ausdrücklich anerkannt hat.

Die internationale Arbeiterbewegung verurteilt auf das schärfste diesen verbrecherischen Akt. Die Konferenz stellt mit Befriedigung fest, daß der Völkerbund den Bruch des Vertrages verurteilt hat. Würde ein solcher Bruch von Treue und Glauben geduldet, so würde alles Vertrauen in internationale Verträge und das ganze System der kollektiven Sicherheit zerstört.

Der Zweck dieses jüngsten Gewaltaktes ist klar. Es ist die Vorbereitung zur Befestigung der entmilitarisierten Zone und zur Errichtung von Flughäfen, also eine Vorstufe zum Angriff gegen friedliche Länder in Ost- und Westeuropa. Den Vorwand für diesen Bruch eines feierlichen Versprechens bildet die Behauptung, daß der französisch-russische Pakt mit dem Vertrag von Locarno in Widerspruch stehe.

Dies zu entscheiden, gibt es ein einfaches Mittel. Im Jahre 1933 hat Hitler die von seinen Vorgängern feierlich ausgesprochene Annahme der Gerichtsbarkeit des Internationalen Gerichtshofes im Haag erneuert; man unterbreite also diese Streitfrage unverzüglich dem Haager Gerichtshof. Bei allen Verhandlungen mit Hitlers Abgesandten aber sind es die friedliebenden Staaten innerhalb des Völkerbundes, die den Inhalt und die Form dieser Verhandlungen zu bestimmen

haben. Wir können nicht zulassen, daß Hitler den Völkern vorschreibt, welche Vorschläge geprüft werden sollen und welche nicht.

Der Frieden der Welt ist in Gefahr. Es gilt, die Zivilisation auf eine sichere Grundlage zu stellen. Nur ein Mittel gibt es, sie zu sichern: die entschlossene Verwirklichung der kollektiven Sicherheit. Die Grundsätze des Vertrages von Locarno müssen verstärkt und erweitert werden; das Gebiet ihrer Anwendung soll durch den Völkerbund so weit wie möglich ausgedehnt werden. Der Frieden ist ein untrennbares Ganzes. Alle Staaten müssen sich ohne Zaudern zur Hilfeleistung für ein angegriffenes Land vereinigen. Ein Vertrag muß geschlossen werden, der diese Hilfeleistung sichert und schnelles und einheitliches Handeln zur Unterstützung jedes Opfers eines Angriffes verbürgt. Der Vertrag muß allgemein sein, allen offenstehen, den Grundsätzen des Völkerbundes entsprechen und darf daher die Sowjet-Union nicht ausschließen, wie es Hitler will.

Die internationale Arbeiterbewegung ist, wie sie im Falle des italienisch-abessinischen Konfliktes erklärt hat, und noch heute erklärt, entschlossen, die Gefahren und Verantwortungen einer solchen kollektiven Organisation des Friedens auf sich zu nehmen. Diese Gefahren sind viel geringer als die jeder anderen Politik. Isolierung und das alte System der Militäralianzen führen schließlich zum Krieg. Ein verbrecherischer Angriff kann nicht durch einen moralischen Appell verhindert werden. Jedem, der den Angriff wagen wollte, muß eine überlegene Macht entgegengetreten, zu der alle Länder entsprechend einem vereinbarten Plan beitragen müssen. Gemäß diesem Zweck muß die Bewaffnung der einzelnen Staaten geregelt werden. In der Verbesserung des Systems der kollektiven Sicherheit liegt die einzige Hoffnung auf eine erhebliche Verminderung dieser drückenden Last. Die Abschaffung der privaten Rüstungsindustrie und des privaten Waffenhandels würde die Sicherheit noch wirksamer gestalten.

Hitler sucht seine Angriffsabsichten unter Friedensbeteuerungen zu verstecken. Hitler spielt sich als Friedensstifter auf. Er kann die Aufrichtigkeit seiner Vorschläge nur dadurch beweisen, daß er im Einvernehmen mit den anderen Ländern seine Rüstungen durch ein internationales Abkommen begrenzt und sie internationaler Kontrolle unterwirft.

Ein Abkommen über die kollektive Sicherheit durch gegenseitige Hilfeleistung und durch Abrüstung müßte die Grundlage bilden, auf der der Völkerbund Deutschland mit gleichen Rechten zum Abschluß eines allgemeinen Vertrages auffordern soll. Deutschlands Weigerung würde der Beweis seines unentwegten Willens sein, die europäische Ordnung und den Frieden zu stören. Es wäre dann die Pflicht der anderen Regierungen und Völker, den Frieden ohne Hitlerdeutschland zu organisieren, und alle Maßnahmen der kollektiven Sicherheit zu treffen, die nötig sind, um den Frieden aufrechtzuerhalten.

Ein dauernder Friede kann nur begründet sein auf soziale Gerechtigkeit und die Beseitigung der wirtschaftlichen Ursachen des Krieges. Darum fordern wir, daß eine entschlossene Bemühung zur Beseitigung dieser Ursachen unternommen werde. Die Organisation des Völkerbundes muß derart ausgestaltet werden, daß sie die freie und systematische Erörterung dieser wirtschaftlichen Probleme und eine wirksame Aktion zur Hebung der Lebenshaltung der Arbeiter der ganzen Welt ermöglicht.

Wir rufen die Arbeiter auf, alle Kräfte anzuspannen, um den Faschismus überall zu schlagen und den Weltsozialismus zum Siege zu führen. Wir rufen alle Freunde der Freiheit und des Friedens auf, kraftvoll und unablässig den Kampf gegen den Krieg zu führen. Wir müssen das Gefühl der internationalen Solidarität stärken. Wir fordern die ungeschlossenen Organisationen auf, alles zu tun, um alle Kräfte, die von gleichem Willen erfüllt sind, zu einer gewaltigen Bemühung zusammenzufassen.

Volk zuviel vorgelegen. »Wir sitzen alle in einem Boot« heißt ihre Parole, und ringsum lauert der Abgrund. Das geringfügigste Abweichen vom diktatorischen Kurs bringt das ganze Schiff ins Schlingern. Deshalb können in den Kabarets selbst die gutmütigsten politischen Witze nicht geduldet werden, deshalb wurde die Narrenfreiheit am Karnevalstag reglementiert, deshalb folgt auf jede scheinbare Lockerung eine desto schärfere Terrorwoge, deshalb wird jeder Fetzen bedruckten Papiers, der aus dem Ausland kommt und ein Stück Wahrheit enthalten könnte, ängstlich beiseite geschafft, deshalb werden die auswärtigen Sender durch Störanlagen für das Reichgebiet unverständlich gemacht.

Nein — von der Diktatur können sie kein Jota preisgeben, aber sie versuchen sie wegzulügen. Sie versuchen, sich der Zeitströmung, die nun einmal gegen die Diktatur gerichtet ist, anzupassen, indem sie ihre Diktatur in eine Demokratie umtaufen, indem sie wiederum ein Wort, das Wort Demokratie, in sein Gegenteil umfälschen, wie sie viele Worte — etwa Friedensliebe, Freiheit, Spende, Kundgebung — für den reichsdeutschen Sprachgebrauch auf den Kopf gestellt haben. Aber der Storch wird ihnen in diesem besonderen Falle nicht gelingen. »Demokratie« ist ein Fremdwort und daher gleichsam exterritorial. Sie haben es zwar glücklich durchgesetzt, daß die Deutschen im Reich und die Deutschen außerhalb der Grenzen, sofern sie nicht gleichgeschaltet sind, zweierlei Sprache reden, aber sie werden es nicht durchsetzen, daß die ganze Welt sich ihrem seltsamen Wörterbuch fügt. Denn wenn das Dritte Reich zur »Demokratie« ernannt würde — was wären dann England, Frankreich, Schweden, die Tschechoslowakei — was wären dann alle wirklichen Demokratien der Welt? Vielleicht Diktaturen? Oder welchen Namen beliebt ihnen Herr Hitler freizuhalten?

Nein — Demokratie wird Demokratie bleiben, diesem Worte werden sie nicht die Knochen brechen, und die Welt wird es sich nicht nehmen lassen, den Staat des Herrn Hitler weiter eine Diktatur, seine Herrschaft weiter eine Gewaltherrschaft, seine Regierungsmethoden weiter Tyrannie zu nennen. Und wenn die braunen Herrenmenschen zehnmal erkannt haben, daß Diktatur ein schlechter Artikel ist: sie werden das Geschäft unter der alten Firma weiterführen müssen bis zum endgültigen Bankrott.

Kriegswirtschaft

Der Deutsche Reichsanzeiger und Preussischer Staatsanzeiger vom 13. März 1936 Nr. 62 veröffentlicht folgende »Anordnung 22 der Ueberwachungsstelle für Lederwirtschaft« (Scheren von Schaffellen) vom 13. März 1936:

Auf Grund der Verordnung über den Warenverkehr vom 4. September 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 816) in Verbindung mit der Verordnung über die Errichtung von Ueberwachungsstellen vom 4. September 1934 (Deutscher Reichsanzeiger Nr. 209 vom 7. September 1934) wird mit Zustimmung des Reichswirtschaftsministers folgendes angeordnet:

§ 1.
Das Scheren von Schaffellen ist verboten.

Scheren ist jedes Abschneiden oder sonstige mechanische Abtrennen der Wolle vom Fell.

§ 2.
Zurückhandlungen gegen diese Anordnung fallen unter die Strafvorschriften der §§ 10, 12 bis 15 der Verordnung über den Warenverkehr vom 4. September 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 816).

§ 3.
Die Anordnung tritt am Tage nach der Veröffentlichung im »Deutschen Reichsanzeiger« in Kraft.

Berlin, den 13. März 1936.
Der Reichsbeauftragte für Lederwirtschaft:
Steinbeck.

Warum dieses Verbot? Weil die Reichswehr ungeschorene Felle für Militärpelze braucht. Wozu die Militärpelze? Für einen Winterfeldzug im Osten.

Frauenmörder begnadigt

Die deutschen Zeitungen berichten: »Der Führer und Reichskanzler hat die am 3. Oktober 1935 vom Schwurgericht in Plauen gegen den am 23. Oktober 1886 geborenen Otto Wolfrum aus Plauen wegen Mordes ausgesprochene Todesstrafe im Gnadenwege in lebenslange Zuchthausstrafe umgewandelt. Der bisher gut beleumundete Verurteilte hat am 15. Mai 1935 in Plauen seine Stieftochter Eisa Schubert getötet.«

Die begnadigten politischen »Verbrechere« brauchen wir nicht zu zählen. — Es gibt keine.

Zu ermäßigten Preisen

Adolf Hitler hat zu seiner Breslauer Rede 3000 schlesische Bergarbeiter »eingeladen«. Das heißt, er hat sie einladen lassen — in einen Eisenbahnzug und hat sie in die Gastspiel-Stadt verfrachtet. Gleichzeitig melden die Zeitungen, daß aus der

Provinz dreißig Sonderzüge der Reichsbahn mit 75prozentiger Fahrpreismäßigung nach Breslau rollten. Mit Hilfsmitteln solcher Art lassen sich schon eine Menge Leute auf die Beine bringen.

Sein eigener Regisseur

United Press meldete: Einen Blick hinter die technischen Kulissen des gegenwärtigen großen Wahlfeldzuges gewährte der Beauftragte des Reichslandesleiters einer Karlsruher Zeitung. Besondere Beachtung verdient ein Rednerpult, das Hitler bei seinen Reden benutzt und mit dessen komplizierter technischer Einrichtung sich die verschiedensten Effekte erzielen lassen. Dieses Pult, das äußerlich ganz unscheinbar ist — man sieht nicht einmal die Mikrophone — birgt mehrere Knöpfe mit denen der Führer persönlich die Scheinwerfer im Saal abblenden oder sich ebenfalls durch einen Fingerdruck, mit den Kameraleuten der Wochen schauen in Verbindung setzen kann, um das Zeichen zur Aufnahme zu geben. Das funktionsfähige Material wird mit einem Sonderflugzeug von Ort zu Ort gebracht. Das Material für die Karlsruher Rede wog allein etwa zehn Zentner. Kabel von 2,5 km Länge wurden in kürzester Zeit gelegt.

Vom Offenbarungseid zur Motor-Yacht

Der erfolgreichste Revolutionsgewinnler aller Zeiten.

Mitteilung der Berliner »Telefunkenzeitung« vom März dieses Jahres:

»Anfang August vorigen Jahres wurde die für den Herrn Ministerpräsidenten, General der Flieger Hermann Göring auf der Yachtwerft von Claus Engelbrecht, Köpenick erbaute Motoryacht Carin (Länge 16 Meter, Breite 3,60 Meter) von Telefunken mit einer Funkende- und Empfangsanlage ausgerüstet. Es ist gelungen, diese sehr leistungsfähige Einrichtung im Durchgang auf der Steuerbordseite zwischen Außenwand und Innenarchitektur einzubauen, so daß sie keinen Platz wegnimmt.«

Mit dem Telefunkenapparat sollte der Besitzer täglich dreimal schildern, wieso er zu der Yacht kommt . . .

Deutsche Streiflichter Führerworte

Hitlers Glück ist, daß die fremden Staatsmänner noch immer seine lockenden Friedensangebote ernst nehmen als die etwas verklausulierten Expansionsziele, die er verkündet. So sollte man zugeben, daß er seinen Willen, die Rheinlandzone militärisch zu besetzen, schon in seiner außenpolitischen Reichstagsrede vom 21. Mai 1935 ausgesprochen hat. Damals, als er die Entmilitarisierung eines unerhöht hohen Beitrag Deutschlands zum europäischen Frieden bezeichnete und hinzufügte, daß es diese Vertragsbestimmung nur so lange halten werde, als auch die Partner ihre Verpflichtungen streng beachten. Eigentlich hätte man annehmen sollen, daß nur vollendete Trottel bezweifeln konnten, Hitler werde zur gegebenen Zeit einen Anlaß zum Einmarsch finden. Aber buchstäblich die ganze europäische Öffentlichkeit las über die Hitlersche Formulierung hinweg, und in den Zeitungen aller Richtungen des Auslandes wurde kaum der Hauch eines Mißtrauens gerade gegen diese Stelle der Rede laut. Jetzt leistet sich Hitler in seinen Wahlvorträgen dasselbe Spiel. Nehmen wir zwei Sätze aus seiner Königsberger Rede: »Ich biete — und hinter mir steht dann geschlossen ein ganzes Volk — den anderen Völkern die Hand zur Versöhnung und zur Verständigung... Deutschland hat keine Eroberungswünsche in Europa.« — Man beschwere sich da nicht über Mangel an Deutlichkeit. Ausdrücklich: »Keine Eroberungswünsche.« Hitler spricht wohl überlegt nicht etwa von einem Verzicht auf territoriale Wünsche. Ist es Eroberung, wenn Eupen-Malmedy, das unter sehr anfechtbaren Bedingungen zu Belgien gekommen ist, nach Deutschland zurückzukehren beabsichtigt. (Und übrigens: der Wille dazu ist nach der Rheinlandbesetzung stärker denn je.) Ist es etwa Eroberung, wenn Danzig und Memel die Sehnsucht äußern, wieder Städte des deutschen Reichgebietes zu werden und Hitlerdeutschland durch einen militärischen Vormarsch diesen Wunsch erfüllt? Ist es Eroberung, wenn Sudetendeutschland, wenn Deutsch-Oesterreich — vielleicht aus Anlaß sehr plötzlicher Ereignisse — hilfesuchend die Arme nach den Rettern in Berlin ausstrecken und diese dann im Namen des heiligen Selbstbestimmungsrechts der Völker mit Truppen herbeileiten, um die bedrohten heimverlangenden Brüder zu befreien? Hitler wird einwillen mit vollem Recht sagen können, daß er auf keines dieser Gebiete verzichtet hat, sondern nur auf den Eroberungskrieg, den er gewiß nicht führen will, wenn er auf leichterem und billigerem Wege zum Ziele kommt.

Heute wird man das wieder nur in der oder jener Emigrantenzzeitung lesen, aus der sich zu informieren unter der Würde eines europäischen Staatsmannes ist. Dafür wird man morgen wieder vor einem fait accompli stehen, und man sollte dann eigentlich zugestehen, daß es der deutsche Führer und Reichskanzler lange genug vorher angemeldet hat.

Die 47 Parteien

Gespräch mit einem Engländer: »... aber das werden Sie doch zugeben, eine Demokratie ist unmöglich, wenn sie mit 47 Parteien arbeiten soll, wie es vor Hitler in Deutschland der Fall war.« Und der britische Liberale hält einem ein paar englische Zeitungen vor, in denen aus einer Hitlerschen Wahlrede zu lesen steht, daß vor seiner Herrlichkeit in Deutschland 47 Parteien das Volk verunreinigt, gespalten und verwüstet hätten. Es ist schwer, dem Briten in höflichen Worten klar zu machen, daß ein Staatsoberhaupt nicht unbedingt ein Gentleman zu sein braucht und zwischen den wohlhabenden öffentlichen Reden seines King und dem demagogischen Geschrei des ewigen Zirkusredners der Deutschen ein beträchtlicher Unterschied besteht. Es ist unmöglich, sich vorzustellen, daß einer der westeuropäischen Monarchen oder der Präsident der französischen Republik vor seinem Lande eine Behauptung aufstellen würde, die aus jedem amtlichen Handbuch sofort zu widerlegen ist und der Opposition Gelegenheit gäbe, den hohen Redner zu tadeln. Der Führer der Deutschen aber sagt grob die Unwahrheit, weil in seinem eigenen Lande ihm niemand widersprechen darf und das Ausland unbeschadet die Worte hinnimmt. 47 Parteien? Schließlich kann in jedem freien Lande jeder Staatsbürger eine »Partei« gründen. Die Frage ist nur, was er hinter sich bekommt. Das Handbuch des letzten in Deutschland legal gewählten Reichstags — im November 1932 — zählte nicht 47, sondern 12 Parteien auf. Davon sind 6 Splittergruppen mit 1 bis 7 Reichstagsmitgliedern. Bleiben 6 Reichstagsfraktionen übrig, von denen Zentrum und

Der internationale Gemeindekongreß im Dritten Reich

Ein neuer Propagandaschwindel muß verhindert werden!

Es ist nichts Neues mehr, daß die nationalsozialistische Regierung jede Gelegenheit ergreift, um mit allen Mitteln ihres Propagandamonopols ausländische Besucher Deutschlands über die innerdeutsche Lage »aufzuklären«. Die beste Gelegenheit ergibt sich bei internationalen Kongressen und Sportveranstaltungen wie der ebenfalls heuer stattfindenden Olympiade, wo das Gastgeberland die gesamte Organisation der Veranstaltung in der Hand hat. Und noch schlimmer als bei Sportfesten wütet die braune Meinungsfabrik bei Kongressen, die dem internationalen Gedankenaustausch dienen sollen. Gedanken allein sind ja bekanntlich schon liberalistische Erbsünde, um wieviel mehr der Austausch von Gedanken! So diente auch die Veranstaltung des im vorigen Jahr in Berlin abgehaltenen Internationalen Strafrechtkongresses zur Ausdehnung der rückwärtslosen Meinungs-diktatur auf Menschen, die sonst das Glück haben, nicht innerhalb der braunen Grenzpfähle zu leben. Alle Proteste der ihrer Diskussions- und Abstimmungsfreiheit beraubten Gelehrten fruchteten nichts.

Die Hitler-Regierung hat mit dem im Juni 1936 in Berlin und München stattfindenden Internationalen Kongreß der Städte- und Lokalverwaltungen selbstverständlich genau dasselbe vor wie mit dem Internationalen Strafrechtkongreß im August 1935.

Der Kongreß wird veranstaltet vom »Internationalen Städtebunde«, dessen letzter Kongreß im Jahre 1932 in London stattfand. Der Einladung des deutschen Städtetages nach Berlin leistete der Kongreß Folge. Der damalige Präsident des Deutschen Städtetages, Dr. Oscar Mulert, vereinbarte mit dem Präsidium des »Internationalen Städtebundes« die Tagesordnung des Berliner Kongresses, der ursprünglich 1935 stattfinden sollte, dann aber auf 1936 verschoben wurde. Die Tagesordnung lautet: 1. Der Kampf der Gemeinden gegen die Arbeitslosigkeit, 2. Die kulturelle Arbeit der Gemeinden.

Die Bedeutung dieses Kongresses ist niemals gering eingeschätzt worden: 1932 hatte der englische König das Protektorat über ihn; 1936 hat Adolf Hitler höchstselbst die »Schirmherrschaft« und Frick den Ehrenvorsitz des Kongresses übernommen. Außerdem wird zum Kongreß vom 6. bis 21. Juni in den Berliner Ausstellungshallen noch vor der Olympia-Ausstellung eine besondere Propaganda-Ausstellung »Die deutsche Gemeinde« veranstaltet. Die deutsche Propagandamaschine arbeitet schon!

»Spiegel der Selbstverwaltung.«

Unter dieser Schlagzeile bringt der »Völkische Beobachter« vom 19. Februar einen Bericht über einen vorbereitenden Empfang beim Präsidium des »Deutschen Gemeindetages«. Was das Dritte Reich mit dieser Schau und diesem Kongreß will, sprach der Präsident des Deutschen Gemeindetages, Dr. Jeserich, offen genug dabei aus: »... eine längst erhoffte Gelegenheit, für die deutschen Gemeinden und Gemeindeverbände, ihre Leistung unter Beweis zu stellen.« Welche Leistungen? Wird man beim Tagesordnungspunkt »Arbeitsbeschaffung« »unter Beweis stellen«, daß z. B. die Gemeinde München im Jahre 1934 12 Millionen Mark da-

durch »erspart« hat, daß sie die Wohlfahrts-erwerblosen dazu zwang, für die Unterstützung wöchentlich 40 Stunden schwere Erdbarbeit zu leisten? Zweifelloser nicht! Denn der von Dr. Jeserich schon verfaßte Bericht zur Tagesordnung stellt ja die deutsche »Arbeitsbeschaffung« als Vorbild für die ganze Welt hin. Man wird (laut »Völk. Beob.«) zeigen, »daß die Gemeinde die äußere Form einer Selbstverwaltung des Gemeinwesens ist, daß mit ihr die freie Selbstbestimmung zum Nutzen der Allgemeinheit gewährleistet ist...« Man will also etwas zeigen, was, nach eigenem Eingeständnis der Nazis an anderer Stelle, in Deutschland nirgends mehr existiert. Auch in der Gemeindeverwaltung werden bekanntlich alle Körperschaften, einschließlich der sogenannten »Gemeindevertretung«, von oben herab, von der NSDAP, ernannt. Und alle diese Körperschaften stehen noch unter besonderer Kontrolle der örtlichen und provinziellen Nazihauptlinge.

Der »Spiegel der Selbstverwaltung«, der in Berlin aufgestellt werden soll, wird also nicht einmal ein Zerspiegel sein, sondern die Propagandamaschine wird einfach mal wieder Nichtvorhandenes vorsepielen. Es wird also mit System und Ueberlegung gelogen werden.

Schon früher haben ja die Nazis die Zerschlagung der kommunalen Selbstverwaltung als die Vollendung des Werkes des Freiherrn von Stein gefeiert, der die Gemeindegemeinschaft schuf. Sie haben jetzt, wie der »V. B.« ebenfalls mittelt, die Absicht zu beweisen, daß die Verschleuderung wertvoller Versorgungsbetriebe der Kommunen an das Privatkapital am besten dem Grundsatz »Gemeinnutz geht vor Eigennutz« entspricht. Denn: »Unsere Gemeindeausstellung wird der Welt zeigen, daß der Nationalsozialismus das ehemals... umstrittene Problem »Gemeinde und Wirtschaft« gelöst hat... nach rein sachlichem Gesichtspunkt... auf die denkbar einfachste Weise: Er führte die Verwaltung wie die Wirtschaft auf das ihnen wesentlich eigene Gebiet zurück. Jene auf das der Ordnung und Fürsorge, diese auf das des Wettbewerbs um die beste Leistung.« Und über all diesen Darstellungen aus der Arbeit der Selbstverwaltung wird das Wort des Führers stehen: Gemeinnutz geht vor Eigennutz.

Die Vergewaltigung der ausländischen Delegierten

wird, wie die Erfahrungen des Internationalen Strafrechtkongresses und die Ankündigungen des »Völkischen Beobachters« über den Zweck des Kongresses zeigen, systematisch und skrupellos betrieben werden. Auch für den Strafrechtkongreß war, wie jetzt durch Dr. Jeserich gegenüber dem Internationalen Städtebund, absolute Aussprache-, Delegations- und Berichterstattungsfreiheit von Deutschland zugesagt worden. Das Dritte Reich hat keines von diesen Versprechen gehalten.

Schon vor dem Strafrechtkongreß wurde der angesehenen englischen Howard League für Penal Reform auf diplomatischem Wege mitgeteilt, daß ihr Vorsitzender, der Rechtsanwalt Pritt-London, in Berlin nicht sprechen dürfe, wenn er als Delegierter käme. Dieser Bruch der deutschen Versprechungen und der Statuten des Kongresses hat die Howard

League seinerzeit veranlaßt, die Beteiligung am Kongreß überhaupt abzulehnen. Ihre Voraussetzung, daß dieser Kongreß wissenschaftlich völlig sinn- und nutzlos sein würde, weil die drei notwendigen Freiheiten der Delegiertenwahl, der Diskussion und der Berichterstattung über den Kongreß nicht gesichert seien, hat sich nachher voll bestätigt.

Denn die Debatten wurden absichtlich durch pomphefte Festveranstaltungen und endlose Propagandareden eingeengt. Unbequemen Delegierten wurde in der Debatte mehrfach das Wort verweigert, vor allem als es sich darum handelte, gegen die unverschämte Beschimpfung der sozialistischen Teilnehmer des Kongresses durch Göbbels zu protestieren. Durch das Mittel der Majorisierung mit Hilfe der viel zahlreicher erschienenen deutschen Delegierten sollten Abstimmungen über Prinzipienfragen glatt in eine scheinbare Zustimmung des Gesamtkongresses zu den neudeutschen Rechtsanschauungen umgefälscht werden. In vielen Fällen setzte sich die Brutalisierung der Ausländer ohne weiteres durch, zum Schluß allerdings mußten die Deutschen in einigen Debatten und Abstimmungen nachgeben und Abstimmung nach Ländern zulassen, damit der Kongreß nicht auseinanderflieg.

Die Berichterstattung über diesen Kongreß war so skandalös; sie verschwieg alle Differenzen und fälschte sie in begeisterte Zustimmung der gelehrten Welt zur deutschen Rechtsbarbarei um, daß nicht nur namhafte Delegierte aus allen Ländern, sondern so zurückhaltende Zeitungen wie die »Times« einmütig feststellten, daß der Kongreß eine »betrübliche und unnütze Angelegenheit« gewesen sei.

Noch verlogener!

Nicht weniger »betrüblich und unnütze«, ja sogar »schädlich, verlogen und bekämpfenswert« wird das Stattfinden des Gemeindekongresses in Hitler-Deutschland sein! Denn auch und vor allem in dem Deutschland vor Hitler waren im wesentlichen Leistungen der Gemeinden gleich Leistungen der Sozialisten. Und wenn davon im Dritten Reich noch etwas übrig sein sollte, so werden es die Nazis selbstverständlich für sich in Anspruch nehmen. Alle wirklich sozialen und kulturfördernden Züge und Faktoren in der Kommunalverwaltung haben aber die Nazis systematisch demoliert und sie unter dem alten Namen in Knechtungsinstrumente der arbeitenden Bevölkerung verwandelt.

Auch im Internationalen Städtebund haben Sozialisten maßgebenden Einfluß. Überall in Europa wird die fortschrittliche Kommunalpolitik von Sozialisten geschaffen und geleitet. Sozialisten können und dürfen sich dem Dritten Reich nicht als Staffage für eine neue Propagandaschwinderei hergeben! Sie können nicht auf einem Kongreß erscheinen, der von denen veranstaltet wird, die die fähigsten deutschen Kommunalpolitiker eingesperrt, ausgebürgert oder zu Tode geprügelt haben.

Aus diesem Grunde hat die Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale im Januar den sozialdemokratischen Parteien aller Länder empfohlen, diesen Kongreß zum

Bayrische Volkspartei weltanschaulich und politisch so verwandt waren, daß man sie beinahe in eine Fraktion rechnen kann. Praktisch schrumpfen also Hitlers 47 Parteien der Weimarer Zeit auf fünf Fraktionen im Deutschen Reichstage zusammen.

Aber wer weiß es im Auslande? Kaum ein Berufspolitiker, von den Leuten auf der Straße ganz zu schweigen. Von den fremden Regierungen und den allermeisten großen Auslandzeitungen scheint noch immer nicht begriffen zu sein, daß es eine der dringlichsten Aufgaben jeder Demokratie sein müßte, sich gegen die hetzerische Vergiftung mit nazideutscher Propaganda durch sachkundige Aufklärung der Völker zu schützen. Einstweilen sind sehr viele demokratische Auslandzeitungen geradezu Herolde der antidemokratischen Verleumdungen aus Berlin, weil sie widerspruchlos die Reden von dort vertreiben.

In der Wahlzelle

Brief aus Süddeutschland: »Die Handzettel sind gut, aber auch ohne sie hätten wir die Parole auf Ungültigmachung der Stimmzettel durchgeführt. Nur müßt Ihr draußen überall klar machen, daß das nicht so leicht durchzuführen ist. Bei früheren »Wahlen«

konnte man wenigstens noch mit Ja oder Nein stimmen, während wir diesmal nur den einen und einzigen amtlichen nationalsozialistischen Stimmzettel im Wahllokal in die Hand gedrückt bekommen. Die meisten Leute, die trotz dem übernationalistischen Geschrei gegen die Nazibonzen stimmen möchten, wissen gar nicht, wie sie es anfangen sollen. Außer den von früher noch geschulten Leuten und denen, an die wir die Parole weiter sagen können, weiß doch überhaupt kein Wähler — und erst die Wählerinnen — wie man einen Stimmzettel ungültig macht. Das ist auch wirklich gar nicht so leicht, zumal wenn man als oppositionell bekannt ist und im Wahllokale, in dem doch auch SA und SS steht und der Wahlvorstand meistens Nazi ist, genau beobachtet wird. Zerreißt man den Zettel in der dünnen Wahlzelle, um ihn zerrissen in das Kuvert zu stecken, so hören das Zerreißen unbedingt die Nächststehenden, zumal der Andrang bei der erzwungenen Wahlbeteiligung meistens sehr groß ist. Will man durch Ausstreichen der Kandidatennamen ungültig machen, so muß das ziemlich kräftig geschehen, wenn man jeden Zweifel bei der parteilichen Wahlleitung beseitigen will, daß der Zettel wirklich

durchstrichen ist. Man hört aber auch, wenn jemand ein paar kräftige Bleistiftstriche über das Papier zieht. Außerdem sind wir sehr im Zweifel, ob überall Bleistifte in der Zelle liegen, denn sie werden wahrscheinlich von den ersten Naziwählern beseitigt werden, und man muß also seinen Bleistiftstummel in der Tasche haben. Selbst wenn alles glatt geht, ist es, zumal in kleineren Städten und auf den Dörfern, eine ziemliche Nervenprobe für unsere bekannten Leute, in einem Raume unter SA-Bewachung den Stimmzettel ungültig zu machen, denn bei der jetzigen Geistesverfassung der Nazis ist man dadurch als Landesverräter abgestempelt. Man sagt zwar allgemein, daß das Resultat aus diesmal fertig im Propagandaministerium liegt, und man wird sicher nie genau erfahren, wieviele Zettel ungültig gemacht worden sind, aber man sollte draußen überall verbreiten, welcher Schwindel diese Wahl ohne Wahl ist, und was dazu gehört, unter diesen Umständen überhaupt so etwas wie Oppositionsstimmen zusammen zu bringen. Man wird vielleicht niemals ein Beispiel in der Geschichte finden, daß eine Diktatur mit so raffinierten Gaunertricks der Welt eine Volksabstimmung vorgetäuscht hat, die nur ein Sklavenappell ist...«

Hannes Wink.

mindesten durch ihre Mitglieder nicht beschicken zu lassen, wenn möglich aber eine Verlegung des Kongresses aus Deutschland durch den Internationalen Städtebund zu erreichen.

Dieser Empfehlung der Internationale ist ein Beschluß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vorausgegangen, für die Boykottierung dieses Kongresses zu wirken. Die Schweizer Sozialdemokratie hat am 3. März 1936 einen ihre Mitglieder zum Boykott des Kongresses und zur Boykottpropaganda verpflichtenden Beschluß gefaßt. In der Tschechoslowakei haben sich die sozialdemokratischen geleiteten Stadtverwaltungen von Pilsen und Aussig gegen eine Beteiligung an diesem Kongreß erklärt; in den kommunalen Vereinigungen der tschechischen und deutschen Gemeinden finden noch Erörterungen dieser Frage statt, wobei eine Reihe weiterer Gemeinden gegen die Beteiligung Front gemacht hat.

Ende März tagt in Zürich die Geschäftsleitung des Internationalen Städtebundes zur letzten Vorbereitung des Kongresses. Die Sozialisten im Internationalen Städtebund müssen für eine möglichst wirkungsvolle Boykottierung des Kongresses, am besten durch eine Verlegung oder Vertagung, kämpfen!

Fr. Schlosser.

Der Aufschwung

Die langfristigen Schulden der Gemeinden (ohne Hansstädte) sind nach einer Zusammenstellung in »Wirtschaft und Statistik« vom 31. März 1933 bis 31. Oktober 1935 von 5,2 Milliarden auf 7,4 Milliarden RM, also um 2,2 Milliarden angewachsen. Der Rückgang der kurz- und mittelfristigen Gemeindeforderungen beträgt in dem gleichen Zeitraum 1,6 Milliarden RM, so daß sich unter dem Hitlerregime ein Steigen der Gemeindeforderungen bis jetzt um 600 Millionen RM ergibt, obwohl die gemeindliche Sozialfürsorge zerstört und die Besteuerung der Gemeindebürger vielfach erhöht worden ist.

Der Anteil des deutschen Außenhandels an den Welthandelsumsätzen, der 1934 9,7 Prozent betrug, ist 1935 weiter auf 9,4 Prozent zurückgegangen. 1932 hatte Deutschlands Anteil 10,2 Prozent betragen.

Die Erzeugung der deutschen Leder- und Schuhindustrie blieb 1935 mengenmäßig um mehr als 10 Prozent hinter der des Vorjahres zurück, womit beinahe der gesamte im Jahre 1934 erreichte Aufschwung wieder verloren gegangen ist. Die Ausfuhr der Schuhwarenindustrie erreicht nicht einmal mehr ein Prozent der Erzeugung!

Aus der Bewegung der Lebenshaltungskosten im gewogenen Durchschnitt von 72 deutschen Gemeinden ergibt sich im Februar 1936 gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat nach »Wirtschaft und Statistik« eine Preiserhöhung bei folgenden Nahrungsmitteln: Graupen um 1,3 Prozent, Reis um 6,4, Speisebohnen 3,7, Gemüse um 9,2, Kartoffeln um 1,6, Butter um 4,0, Käse um 2,1, Margarine um 2,6, Hammelfleisch um 19,7 und Kalbfleisch um 24,8 Prozent.

Die Zahl der Aktiengesellschaften ist seit dem 1. Januar 1933 bis 31. Dezember 1935 von 9634 auf 7840 zurückgegangen. Die Gesamtsumme des Aktienkapitals sank in der gleichen Zeit von 22,3 Milliarden RM auf 19,6 Milliarden RM. Auf der Strecke geblieben sind überwiegend die kleinen und mittleren Aktiengesellschaften. Ihre Zahl hat sich um 1748 verringert, während der Abgang bei den großen Aktiengesellschaften mit mehr als 5 Millionen RM Aktienkapital nur 56 beträgt. Daß die nationalsozialistische Politik die großen kapitalistischen Konzerne nicht nur nicht angetastet, sondern durch ihre Maßnahmen noch gefördert hat, geht auch daraus hervor, daß es Ende 1935 in Deutschland 56 ganz große Aktiengesellschaften mit einem Aktienkapital von mindestens 50 Millionen RM gab. Diese 56 Gesellschaften, die nur etwa 3,2 Prozent aller Aktiengesellschaften ausmachen, verfügen mit 7,1 Milliarden RM über 36 Prozent des Kapitals aller Aktiengesellschaften.

Erfinderisch im Betteln

In Quedlinburg ist als Sonderaktion für die Winterhilfe damit begonnen worden, das Stadtwappen auf dem Marktplatz in buntem Mosaik neu zu pflastern. Es wird aufgefodert, ganze Teile zur Pflasterung zu übernehmen. So kostet das Tor mit dem Wappenhund 2000 Mark, Kopf und Hals des Adlers 1000 Mark. Der einzelne Stein ist für 5 Mark zu haben...

Genau wie in der »ganz großen« Zeit. Der Unterschied besteht nur darin, daß man damals für 5 Mark einen Hindenburggel, diesmal jedoch nur einen Pflasterstein bekommt.

Rüstungsgewinne in Deutschland

Kriegsgewinnler Siemens verdient an der Wehrhaftmachung

Im Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr wird vom Siemens-Konzern festgestellt, daß die Steigerung des Auftragsverkehrs »zum weitaus größeren Teile« auf das Inland entfallen sei. Infolge der »Aufgaben für Rohstoffumstellung und Wehrhaftmachung« hätten hier die Aufträge aus der Industrie am meisten zugenommen. Besonders aufschlußreich ist der Vergleich mit 1932/33, dem letzten Jahr vor Hitler, weil er zeigt, in welchem Umfang die Prosperität des Konzerns mit der »Staatskonjunktur« zusammenhängt. Die Umsätze sind bei beiden Spitzengesellschaften des Konzerns, der Siemens-Halske A.-G. und der Siemens-Schuckert A.-G. von 330 Millionen 1932/33 auf 550 Millionen gestiegen, bei der Ausfuhr allein aber in derselben Zeit von 145 auf 130 Millionen gesunken. Der Gesamtumsatz hatte also um 70 Prozent zugenommen, die Ausfuhr um 10 Prozent abgenommen. Im letzten Jahre war noch stärker als der Umsatz der Rohertrag gestiegen. Es wird aber im Geschäftsbericht ausdrücklich das Absinken der Ausfuhrerlöse beklagt. Wie ungeheuer groß muß also die Staatssubvention sein, die der Konzern in Gestalt der ihm vom Reichswehrminister bewilligten Ueberpreise empfängt.

Noch weiter als die Zunahme des Umsatzes bleibt die der Löhne und Sozialleistungen hinter dem Wachstum des Rohertrages zurück. Der Rohertrag stieg um 35 Prozent, die Löhne und Gehälter um 30, die Sozialleistungen bei Siemens & Halske um 22 und bei Siemens-Schuckert nur um 14 Prozent. Die wirklichen Betriebsergebnisse lassen aber den ausgewiesenen Gewinn weit hinter sich. Die Neuanlagen, deren Wert nicht mitgeteilt wird, sind voll abgeschrieben, also aus dem Gewinn des laufenden Geschäftsjahres ohne Zuhilfenahme von Krediten bezahlt worden. Deutlich ergibt sich die Gewinnverschleierung daraus, daß der Mehraufwand für Besitzsteuern die Zunahme der ausgewiesenen Gewinne und noch mehr natürlich die der Löhne übertrifft. Es sind von Siemens-Schuckert um 69, von Siemens & Halske sogar um 75 Prozent mehr Steuern als im Jahre vorher gezahlt worden. Daraus folgt nicht, daß Siemens dem Finanzamt gegenüber ehrlicher ist als bei der Aufstellung der Bilanz, sondern nur daß er vom ihm schärfer kontrolliert wird oder kontrolliert zu werden fürchtet, als es der Öffentlichkeit, zumal unter dem Hitlerterror, möglich ist.

Noch mehr als der Rohgewinn ist der Reingewinn frisiert, also der relativ kleine Teil des Ueberschusses, der den Aktionären zugebilligt wird. Die Dividende ist nach dem Ausspruch eines gestreichten Bankdirektors der Teil des Gewinnes, der beim besten Willen nicht mehr versteckt werden kann. Unter diesem Gesichtspunkt ist es bemerkenswert, daß Siemens-Schuckert nach fünf dividendenlosen Jahren eine Dividende, und zwar von 5 Prozent, verteilt und daß Siemens & Halske die Dividende von 7 auf 8 Prozent erhöht hat. G. A. F.

Aber Unterbilanz bei der AEG

Ein Gewinnergebnis wie das des Siemenskonzerns kann der Elektrokonzern der AEG, sein einziger ebenbürtiger Konkurrent, nicht aufweisen. Die Gegenüberstellung zeigt, wie ausschließlich der industrielle Aufschwung mit der Staatskonjunktur zusammenhängt. Während Siemens Mühe hat, das volle Ausmaß seines Ueberschusses nicht in die Erscheinung treten zu lassen, gelingt es der AEG nicht, ihre Unterbilanz los zu werden. Siemens macht sich am Staat gesund, die AEG wird vom Staat an der Sanierung verhindert. Die beiden Konkurrenten haben es sich also im Dritten Reich nicht gleich gut eingerichtet. Der Unterschied kommt daher, daß bei der AEG im Gegensatz zu Siemens »direkte Staatsaufträge hier nur eine äußerst bescheidene Rolle spielen«. Deshalb liegt, meint die »Frankfurter Zeitung«, das Ausmaß der Erholung bei der AEG wohl zweifellos unter dem Durchschnitt der Gesamtwirtschaft. »Während vor der Krise der Umsatz der AEG in der Regel höher war als der von Siemens-Schuckert, liegt er jetzt ein gut Teil darunter.« In der Tat reichte der letzte Jahresgewinn der AEG gerade aus zur Deckung von Unkosten, Zinsen, Steuern und normalen Abschreibungen, aber selbst diese würden nicht haben vorgenommen werden können, wenn der Konzern nicht die Abwertung des Dollars benutzt hätte, um mit Extragewinn einen Teil seiner

Dollaranleihen zurückzukaufen. Nur so war es möglich, das letzte Jahr ohne Verlust, allerdings auch ohne Gewinn zu überstehen, aber nicht, den aus den vorangegangenen Jahren übernommenen Verlust von 57 Millionen gleich einem Drittel des Aktienkapitals auch nur zu verringern, geschweige denn zu decken. Dem Konzern ist es also auch im »Aufschwung« nicht gelungen, seine Unterbilanz loszuwerden.

Die Ausfuhrmenge hatte zwar zugenommen, der Ausfuhrumsatz aber nicht, war also nur unter verlustreichen Preisopfern aufrechtzuerhalten gewesen. Um so erstaunlicher ist, daß die Zunahme des Gesamtumsatzes um 16 Prozent weit hinter der Steigerung des Bruttoertrages um 30 Prozent zurückbleibt. Die AEG hat sich also an den Inlandspreisen für den Ausfuhrverlust mehr als schädlos halten können. Ohne die Preissteigerung, die bei der Schärfe der behördlichen Preisüberwachung eine versteckte Staatsubvention darstellt, würde die Unterbilanz nicht geblieben, sondern noch vergrößert worden sein. Ohnehin führte sie zu einer steigenden Verschuldung, die mit der Zunahme des Umsatzes nicht abnimmt, sondern wächst. Die zum größten Teil kurzfristige Gesamtschuld von 220 Millionen übersteigt das Aktienkapital um 20 Prozent. Nur eine rasche Finanzhilfe vermag den Konzern vor dem Bankrott zu retten. Es wird ihm aber versagt, sich durch eine Sanierung von Bankschulden zu entlasten, weil Schacht alles verfügbare Kapital zugunsten der Aufrüstung gesperrt hat. So wird ein großes Unternehmen von übertragender Bedeutung für die deutsche Wirtschaft nicht nur der Kriegsvorbereitung, sondern auch dem Interesse seines vom Regime begünstigten Konkurrenten geopfert.

Aufschwung durch Ausbeutung Riesengewinne bei Opel

Unter den Aufrüstungsgewinnlern ist die Adam Opel AG die am reichlichsten bedachte. Kein anderes deutsches Industrieunternehmen ist im gleichen Ausmaße Nutznießer der Staatskonjunktur. Seit 1932 ist die Wagenproduktion von 21.000 auf 68.000 Stück 1934 und auf 100.000 Stück 1935 gestiegen, also in drei Jahren auf das Fünffache. Die Zunahme der Produktion seit 1933 bleibt aber weit hinter dem Zuwachs an Kapital zurück. 1933 schloß noch mit einem Verlust von 11 Millionen, 1934 war er getilgt, 1935 schließt mit einem Reingewinn von 20 Millionen. Es ist also im Laufe von zwei Jahren Drittes Reich ein Kapitalzuwachs von mehr als 30 Millionen gleich der

Hälfte des Aktienkapitals in den Gewinnziffern sichtbar geworden. Gleich groß ist der in der Aufsammung von Reserven versteckte Gewinnzuwachs. Sie waren in den letzten zwei Jahren von 29 auf 60 Millionen, also gleichfalls um einen Betrag gewachsen, der der Hälfte des Aktienkapitals gleichkommt. Das ergibt also allein eine in der Bilanz sichtbar gemachte Verdoppelung des Kapitals. Unberücksichtigt bleiben dabei die stillen, in der Nichtbewertung oder Minderbewertung der Vermögenswerte verborgenen Reserven. Wie riesenhafte Gewinne der Kenntnis der Öffentlichkeit vorenthalten werden, zeigt die Zunahme der Besitzsteuern von 900.000 Mark 1933 auf 9 Millionen Mark 1935, also auf das Zehnfache. Die Besitzsteuern machen also mehr als die Hälfte des bilanzmäßigen Gewinnes aus, der demnach nur eine kleine Bruchteil des vom Finanzamt feststellbaren Ueberschusses sein kann, ganz zu schweigen vom wirklichen. Dieser war so groß, daß er trotz umfangreichen Betriebsausbaues im eigenen Unternehmen nicht entfernt untergebracht werden konnte. Die Barmittel (Bankguthaben, Kasse, Wertpapiere) betragen 1933 4,8, 1935 46 Millionen. 1933 waren die laufenden Schulden um 1½ Millionen größer als die Barmittel, jetzt sind diese um 40 Millionen größer als die laufenden Schulden, also um einen Betrag, der fast drei Viertel des Aktienkapitals gleichkommt.

Wie war es möglich, trotz Herabsetzung der Wagenpreise eine so unermeßliche Gewinnsteigerung zu erzielen? 1935 wurde in Brandenburg ein neues Lastwagenwerk und in Rüsselsheim neue Fabrikations- und Lagerräume erbaut. Trotz umfangreichen Ausbaues der Produktionsanlagen und Zunahme der Produktion um 41 Prozent ist keine Neueinstellung erfolgt, sondern die Belegschaftsziffer mit 18.000 unverändert geblieben. Die Lohnsumme war um 24 Prozent gestiegen, hatte also knapp mit der Teuerung, weit weniger mit der verschärften Anspannung der Arbeitskraft Schritt gehalten. Die gewaltige Profitvermehrung ist also darauf zurückzuführen, daß es gelungen ist, die Arbeiterschaft vom Anteil an dem gewaltig gesteigerten Ertrage der Produktion auszuschließen. Warum läßt man aber Opel vor anderen Industrierwerken des Vorzuges teilhaftig werden, nicht zur Verbesserung der Arbeitslosenstatistik beitragen, nicht mehr Arbeiter beschäftigen zu müssen, als unbedingt gebraucht werden? Offenbar um dem amerikanischen Eigentümer dieses größten deutschen Autounternehmens, der General Motor Company, gefällig zu sein! G. A. Frey.

„Bevölkerungsschlacht“ verloren!

Es war ein großes Geschrei über den angeblichen Erfolg nationalsozialistischer Bevölkerungspolitik, als im Jahre 1934 die Häufigkeit der Eheschließungen und auch die Geburtenzahl stark zunahm. Seit es wieder weniger Eheschließungen gibt, und die Geburtenzahl einen erneuten Rückgang aufzuweisen hat, schweigt sich das Propagandaministerium über diese Entwicklung und ihre Ursachen aus.

Die Ziffern über die Bevölkerungsbewegung in den Großstädten im Januar 1936 sind symptomatisch für den Umschwung, der in der Bevölkerungsbewegung zu verzeichnen ist. In den angegebenen Jahren entfallen im Monat Januar auf je 1000 Einwohner:

	1936	1935	1934
Eheschließungen	5,7	6,7	7,5
Lebendgeborene	15,1	16,0	12,7
Gestorbene	12,1	12,9	11,8

Die Eheschließungen, die sich schon 1933 gegenüber 1934 erheblich vermindert hatten, sind im Januar 1936 nochmals stark gesunken. Bei den Lebendgeborenen ist gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat ebenfalls ein merklicher Rückgang zu verzeichnen, wenn auch die Ziffer noch über der des Jahres 1934 liegt. Während also die Ziffern für die Eheschließungen und die Lebendgeborenen gesunken sind, weist die Ziffer der Gestorbenen gegenüber dem Jahre 1934 sogar eine Erhöhung auf.

Noch immer wenig Fleisch

Im neuesten Heft von »Wirtschaft und Statistik« sind die Ziffern über die Schlachtungen in Deutschland im Januar 1936 wiedergegeben. Ein Vergleich mit den Schlachtungen im Januar 1935 ergibt, daß sie in diesem Jahre durchwegs erheblich niedriger waren. Die Fleischknappheit, unter der besonders die Massen der arbeitenden Bevölke-

rung zu leiden haben, dauert demnach trotz aller gegenteiligen Versicherungen der Behörden und der Propagandastellen fort. Es wurden in- und ausländische Tiere geschlachtet:

	Januar 1936	gegen Januar 1935 weniger in %
Ochsen	27.281	24,9
Bullen	28.189	36,6
Kühe	171.331	16,6
Jungrinder	71.145	26,8
Kälber	373.302	18,1
Schweine	1.582.464	14,2
Pferde	10.813	4,1

Es ist im Vergleich zum Januar 1935 die Zahl der geschlachteten Rinder um mehr als ein Fünftel gesunken. Am geringsten ist der Rückgang der Pferdeschlachtungen.

Da kann man schon sagen: Es ist schöner geworden in Deutschland.

Etatkünste

Die Stadt Kassel hat ihren verabschiedeten Haushaltsplan auf dem Papier ausgeglichen. Und zwar dadurch, daß der Wohlfahrts- und Etat nochmals um 800.000 Mark gekürzt, die Gemeindesteuern um 600.000 Mark erhöht und die städtischen Betriebe verpflichtet wurden, die Leistungen an die Stadtkasse um 400.000 Mark zu vermehren. Diese 400.000 Mark sind eine nochmalige indirekte Besteuerung der Einwohner.

Bemerkenswert ist außerdem, daß Kassel neben 1876 anerkannten Wohlfahrtsarbeiten noch 1906 nicht anerkannte Wohlfahrtsarbeiten zuzählt, die sonst in der Erwerbslosenstatistik nicht in Erscheinung treten.

Grober Unfug. Zur Wahrung des Ansehens der deutschen Bauernschaft hat der Polizeidirektor von Ulm eine Verordnung erlassen, in der er den jüdischen Viehhändlern androht, sie wegen groben Unfugs zu bestrafen, falls sie sich weiter erlauben, einen Bauern oder eine Bäuerin mit Du anzureden.

Gestalten aus dem Dritten Reich

Ein deutsches Gelehrtenleben zu „Straßburg auf der Schanz“

Martin Spahn

Martin Spahn, das »Spähchen«, wie man ihn zur Unterscheidung von seinem Vater, dem alten Zentrumsführer Peter Spahn, in politischen Kreisen nannte, ist vor kurzem sechzig Jahre alt geworden. Schüler des gegenwärtigen Kölner Geschichtsprofessors haben aus diesem Anlaß ein 460 Seiten umfassendes Buch (Dümmers-Verlag Berlin-Bonn) herausgegeben, das eine Reihe historischer Arbeiten Spahns bis in die jüngste Zeit hinein enthält. Nur aus einem Grunde lohnt es sich, darauf einzugehen, und der ist freilich durchschlagend: es zeigt das Charakterbild deutscher Hochschullehrer, die die Despotie der Maschinen und der Kanonen gegen geistige Freiheit und kämpferische Menschlichkeit folgerichtig bis ins Dritte Reich hineinstützten, an einem besonders drastischen, wenn auch leicht tragikomischen Exempel.

In den Aufsätzen von Spahn, sorgfältig ausgewählt, um vor den heutigen Machthabern gut zu bestehen, rauscht es von Volk und Reich, Blut und Boden, Mark und Ehre. Ein wissenschaftlicher Recke, der schon in jungen Jahren Hitler gewittert habe, wird uns präsentiert; eine ragende Gestalt, die das teure Erbgut germanischer Geschichtlichkeit gegen liberalistische und materialistische Verderber habe beschützen müssen. Spahn wird gezeigt als einer der ersten, der in »Räumen« dachte: »Das Schicksal des deutschen Volkes vollzieht sich vom Nordmeere bis zur Adria und vom Pariser (!) Becken bis hinüber nach Nowgorod — Warschau — Kiew. Diesen Raum zu gestalten, ist das deutsche Volk mittel-europäische Sendung, die darin besteht, Mittelostropa aus deutscher Art eine neuere Form zu geben.«

1931 schrieb er: »Staatlicher Boden und Leben des Volkstums müssen wieder enge Beziehungen zueinander gewinnen. Dann wird Europa seine französische Prägung abstreifen und das Reich Bismarcks wird zum Dritten Reich werden.«

Damals saß Martin Spahn in der deutsch-nationalen Reichstagsfraktion neben Hugenberg, für den schmiegsamen Jünger heftig protegierte. Unter Hitler, als der alte Geheimrat aus der Reichsregierung ausgeschafft wurde und sich als betrogener Betrüger grollend in den Schmollwinkel zurückzog, tat dies Martin Spahn mitnichten. Er trat frohlockend und begeistert an die Seite seines Führers, der, wie Spahn schreibt, das deutsche Volk vom Kommunismus gerettet, mit einer »unvergleichlichen politischen Genialität« den Schwung der Jugend zum Ausgleich der nur Zerstörung elenden Massen benutzt habe; ja, er, der Führer, habe durch die Jugend auch das »Volkserlebnis des Krieges« wieder geweckt.

Man sieht, Martin Spahn gehört zu den wissenschaftlichen Aktualitäten des Dritten Reiches. Er sitzt stöber im Vertrauen der zuständigen braunen Instanzen und bewacht seriös seine Fakultätskollegen in Köln, deren nationalsozialistische Überzeugungstrenne nicht über jeden Zweifel erhaben ist.

Leider weist das dickbändige Erinnerungsbuch einige Lücken auf. Es geht über die weltanschauliche, politische und heroisch-soldatische Vergangenheit Martin Spahns so flüchtig hinweg, daß der gewissenhafte Chronist eines bewegten deutschen Gelehrtenlebens sich der Verpflichtung zur Ergänzung wichtiger Daten nicht entziehen kann.

Martin Spahn begann als praktizierender Katholik und unter den Traditionen des Vaterhauses kam er zum Zentrum. Seine 1906 erschienene »Geschichte der Zentrumspartei« bestätigt den jungen Gelehrten als Politiker aus dem Glauben. Da wird Wilhelm II., der den Katholizismus verschönlich stimmen wollte, auf den in Gegensatz zu seinem Vater recht konzilianten Martin aufmerksam gemacht. Gegen den Willen der Fakultät, die die wissenschaftliche Eignung Spahns bezweifelte, wird er als Lehrer für neuere Geschichte an der Universität Straßburg gedrückt. Nun vergilt er Treue um Treue. Er entwickelt sich zum Apologeten der Hohenzollern. 1914 sah ihn als heftigen Kriegsschreier gegen den Erbfeind und emigen Behüter der Straßburger Milchwirtschaft, hin und wieder beunruhigt durch fernem Kanonendonner.

November 1918. Die deutsche Front bricht zusammen, die Franzosen nähern. Die Straßburger Universitätsbehörden beschließen, zu bleiben. Nur einer packt schleunigst seine Sachen und flieht aus Straßburg und aus dem Elsaß, so schnell er nur kann, ehe noch ein französischer Soldat sichtbar wurde: Martin Spahn. Die Herren Kollegen sind entsetzt über die vorzeitig feige Preisgabe des Postens. Sie schicken in

die Kölner Universität begründet wird, übernimmt man Martin Spahn als Lehrer für neuere Geschichte. So bald er wieder im Sattel sitzt, wittert er, nach dieser Richtung hin stark talentiert, reaktionäre Morgenluft. Er bietet sich dem Stahlhelm an, verhetzt die Studenten, wird deutschnational, ist leidenschaftlich bei Schwarzweißrot während des Kappputsches und gründet gegen das Zentrum einen Bund

stimmen. Man wirft ihm sträfliche Vernachlässigung seiner Pflichten vor, verlangt seine Amtsenthebung, beantragt Gehalts-sperrung, wobei auf das Straßburger Beispiel verwiesen wird. Spahn stellt sich zu keiner Sitzung. Er denkt, als Doppel- und Dreifach-Verdiener noch weniger daran, auf Teile seines Gehalts zu verzichten. Er will den Vorsitzenden des Kuratoriums, den Oberbürgermeister Adenauer zum Duell fordern — wobei er natürlich weiß, daß dieser als Katholik und Zentrumsmann nicht annehmen kann. Der reaktionäre Dezernent des Kultusministeriums, das damals von Dr. Becker geleitet wurde, wagt keine klaren Beschlüsse. Schließlich droht Spahn mit einer Beleidigungsklage, aber es blieb bei der Drohung.

Schon rückte das Dritte Reich heran. Jetzt hieß es für Spahn erneut, rechtzeitig Anschluß zu finden, und glücklich, eine Prominenz zu haben, die »voll und ganz«, zu ihm steht, hat ihm die Diktatur die Schmach von Straßburg völlig vergeben. In ihren Geburtstagsartikeln bestätigt die nationalsozialistische Presse Martin Spahn »tiefgründige wissenschaftliche Erkenntnisse im Geiste einer völkischen Geschichtsschau.« Zeitliebe habe er, Spahn, als ein ehrlich um Volk, Staat und Reich ringender Wissenschaftler und Publizist gewirkt und — hier wird Spahn wörtlich zitiert — gegen das »immer breitere Eindringen der uns rassen- und raumfremden kapitalistischen Wirtschaft« Stellung genommen.

Erst mit Wilhelm, dann mit Hugenberg, heute mit Hitler! Dieser Martin Spahn steht auf der Liste der Camorra Deutschlands, und wenn es ihm heute mit andern manchmal auf der Hakenkreuzgeleere etwas unheimlich wird im mephistophelischen Sinne:

Laßt uns aus dem Gedräng entweichen;
Es ist zu toll, sogar für meinesgleichen —
so laßt uns geloben, daß es in der Stunde
der wiedergewonnenen Freiheit für ihn und
meinesgleichen kein Entweichen mehr gibt.

Andreas Howald

Oberpräsident Terboven

Achtundvierzig Stunden vor dem Einmarsch der deutschen Truppen in die entmilitarisierte Zone fand in Köln ein Abend der zweiunddreißig Generalkonsuln und Konsuln statt, die als Vertreter ausländischer Regierungen im Rheinland sitzen. Die Sache war »zu Ehren des Oberpräsidenten der Rheinprovinz« einberufen, den der französische Generalkonsul Dobler in einer schmelzhaften Ansprache begrüßte, worauf der also Gefeierte gerührt das Wort ergriff, um zu versichern:

».... daß das Deutsche Reich unter der Führung des Führers und Reichskanzlers keine andere Absicht hat, als in einem Frieden der Ehre und Gleichberechtigung an dem unbedingt notwendigen Aufbauwerk Europas ohne Hintergedanken mit-zuarbeiten.«

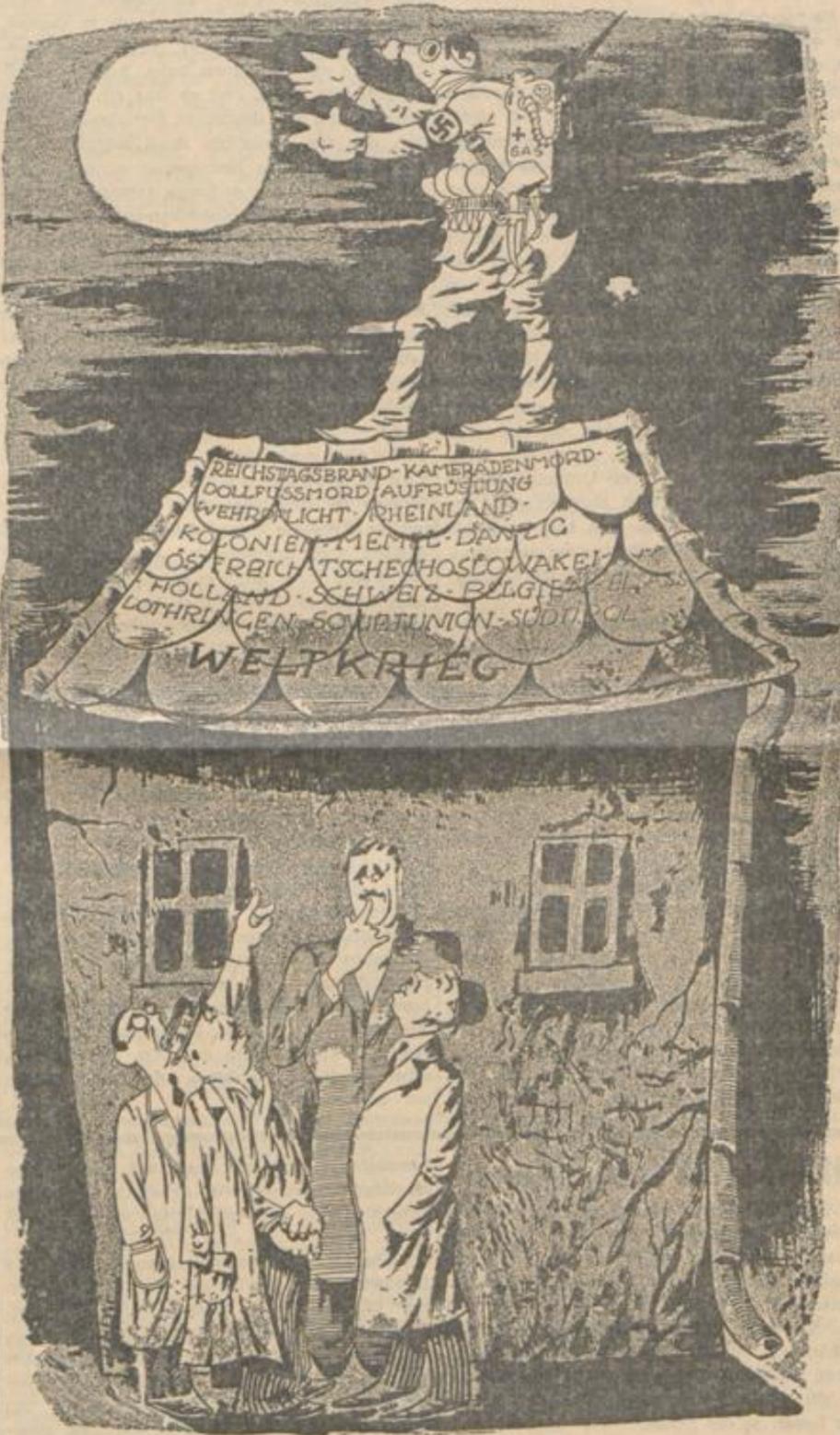
Ohne Hintergedanken... den, der an diesem Donnerstagabend zweifellos im Kopfe des Herrn Oberpräsidenten herumging, natürlich ausgenommen. Davon würden Herr Dobler und seine Kollegen, wenn sie ihren Bericht über die oberpräsidentliche Rede eben an ihre Regierungen abgesandt haben, noch rechtzeitig erfahren.

Der Mann, der hier das neidische Versteckspiel seines Meisters und Protégés Göring mit François-Poncet dreist kopierte, ist der Gauleiter und Staatsrat Josef Terboven, derzeit Oberpräsident der Rheinprovinz.

Ein aus allen Hoffnungen geschleudertes Weltkriegszeugenpaar, trieb sich Terboven nach dem November 1918 als Angestellter von Winkelbanken, vorübergehend Kommissar in einem Eisenwarengeschäft und schließlich als erwerbsloser Gelegenheitsagent durch den Westen des Reiches. Schuldlos und anrühliche Affären machten ihn bald auch dort unmöglich, wo er durch erdichtete Heldentaten aus seiner Freikorpszeit vor München zunächst offene Türen fand. Seine Zeit kommt erst 1923, als er, allerdings aus der sicheren Etappe von Eiberfeld-Barmen, zu den Organisatoren der Sprengungen und Attentate im französisch besetzten Gebiet gehört.

Als er 1925 wieder an der Öffentlichkeit,

Der Traumwandler



„Pst! Nicht wecken, sonst fällt er uns auf den Kopf!“

heller Entrüstung Protestkundgebungen gegen den Flüchtling nach Berlin. Die Studenten stellen in erregten Entschlüssen den Widerspruch zwischen den vaterländischen Worten Spahns und der Tat in der Stunde der Gefahr fest. Spahn aber, dessen Franzosenangst mit seinen Eroberungsartikeln im Sinne der Vaterlandspartei zusammenhängt, bleibt verborgen. Dick gebündelt liegen noch im einstigen preußischen Kultusministerium die Akten zum Fall Spahn, Dokumente einer »Fahnenflucht« vor dem Feinde, wie sich ein bekannter deutscher Hochschullehrer ausdrückte.

In der Stille aber beginnt, in den Tagen der jungen und immer loyalen Republik, Martin Spahn erfolgreich an seiner Umstellung zu arbeiten. Er entdeckt bei der Liebe zur Demokratie, antichambriert bei dem preußischen Kultusminister Konrad Haensch und als 1919 unter Assistenz von »Weimarc

deutschnationaler Katholiken. Als er neben seinem Reichstagsmandat noch die Leitung einer deutschnationalen politischen Lehrschule in Berlin übernimmt, verläßt er, genau wie sieben Jahre vorher Straßburg, mit Kind und Kegel Köln und zieht nach Berlin. Der ordentliche Professor begnügt sich mit gelegentlichen Tagesgastrollen an der Universität, die ihn voll honorieren muß. Im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit an dieser deutschnationalen Lehrschule stand eine andere Fähigkeit Spahns: er versuchte in Belgien eine vlämische Irredenta zu fördern, in Elsaß-Lothringen eine antifranzösische, sogar den Bretonen wollte er in Flugblättern beibringen, daß sie keine Franzosen seien und sich von Frankreich lösen müßten.

Anderswo fällt das Kuratorium die schärfsten Beschlüsse gegen Spahn, denen auch die deutschnationalen Mitglieder zu-

Verstreicherte deutsche Justiz

Vom Devisen- zum Kinderschänderprozeß im deutschen Kulturkampf — Das Dritte Reich lebt vom amtlichen Schmutz und Schund

d. h. in der Unterwelt gestrandeter Kleinbürger auftaucht, ist er avanciert: Hitler hat ihn zum Gauleiter des Bezirkes Essen der NSDAP ernannt und mit einer »besonderen Mission« betraut. Zu letzterer hatte sich der junge hoffnungsvolle Mann durch einen gelungenen Coup als überraschend befähigt erwiesen. Er benutzte nämlich seine Kenntnis über die Verschacherung einer Schloßfabrik in Velbert an amerikanisches Kapital, um den streng nationalgeistigen früheren Inhaber zu ersuchen, sich doch gefälligst durch gute Dollars für die Parteikasse vom Vorwurf des »wirtschaftlichen Landesverrats« zu reinigen.

So einer war natürlich zu Größeren berufen. Sein Führer vertraute ihm die Aufgabe an, die spröden Kassen der Ruhrindustrie zu lockern. Da er sich rechtzeitig von den Demagogen um Göbbels und Strasser getrennt hatte, erregte seine Haltung bei den noch mißtrauischen Herren von Stahl und Kohle noch wenig Anstoß. Die ersten erfolgreichen Beteiligungsgänge gingen zum »Strehlhof« des alten Kirdorf, der einen in gutem Gold angelegten Geheimfonds, den »Juliussturm« der Ruhrindustrie, verwaltete. Auch Herr v. Löwenstein, der Leiter des bergbaulichen Vereins, griff tief in die Kasse, als ihm Terboven vertraulich nahelegte, wie gut es für ihn sei, nun endlich den lange versuchten »Sprung über den Namen« zu machen. Er war es auch, der die Sache mit der seit dem Umzug der »Bergwerkszeitung« nach Düsseldorf leerstehenden Druckerei des alten Scharfmacherorgans managte; so entstand von Gnaden der Bergherren und der hinter ihnen stehenden großen jüdischen Banken die »Essener National-Zeitung«, an deren Kopf natürlich nicht Herr v. Löwenstein, sondern Josef Terboven als Herausgeber prangte. Um diese Zeit schloß sich Terboven eng an den »großen Soldaten mit dem Kinderherzen«, Hermann Göring, an, der in dem skrupellosen Streber aus Essen mit Recht einen verlässlichen Freund gegen Strasser und auch gegen Göbbels, aber auch einen brauchbaren Portier an den großindustriellen Trutzburgen vermutete. Als 1932 der Pleitegeiger beherrschte Kreise über den leeren Geldschrank der NSDAP zog, gelang dem behenden Kassenkacker Terboven sein Meisterstück: Franz Bracht, Essens Oberbürgermeister, der seinen Freund Brünning schöne verlassen hatte, öffnete ihm in Vorahnung kommender Dinge ein Geheimkonto der Stadt Essen, das den mysteriösen Namen »Primus Mangold« führte. An diesem Tage kaufte sich der ehemalige Kommissar einen Mercedes Benz — natürlich Achtzylinder.

Da blieb die Opposition der kleinen Rentenempfänger im Braunhemd nicht aus, aber Hitler hielt seinem Mann die Treue. Mochte es in Essen auch zu bösen Spaltungen kommen, der Mitwisser der nationalsozialistischen Finanzierungsgeheimnisse blieb. Was konnte es demgegenüber bedeuten, daß seine Gegner schließlich auspackten und peinliche Details aus den Akten eines »USCHLA«-Verfahrens gegen P. G. Terboven veröffentlichten. Darin wurden dem Sittenrichter Terboven, der sich nicht entblödet hatte, private Angelegenheiten des Sozialdemokraten Landsberg

Des Herrn Reichsministers für Propaganda und Volksaufklärung rechte Hand, der unter ihm als wohlbestellter Oberregierungsrat nunmehr tätige frühere Nazi-Reporter Güttner hat jüngst in einem unbewachten Augenblick (»Zeitschrift für Politik«, Januarheft 36) ein wahrheitsgetreues Geständnis über seinen persönlichen »Erfolg«, den seines Herrn und Meisters und der nationalsozialistischen Bewegung überhaupt abgelegt. Er hat dargetan, wie die »Primitivität« der braunen Propaganda allein, die freilich arg vor der Machtergreifung »die Weisen molestriert« habe und »dem bürgerlichen Philistertum als zu tadelnder Fehler erschienen« sei, Hitlers Unternehmen doch endlich den Triumph gebracht habe. In der Tat — das ist es!

Es handelt sich also jedesmal nicht nur um opportunistische »Ablenkung« der Massen, wenn das braune System ständig auf der Jagd nach Sensationen und Aufregungen handfester und knüppeldicker Art ist; solche Beurteilung würde den ganzen psychologischen Sachverhalt nicht völlig ausschöpfen. Auch wenn Herr Hitler eine andere als katastrophale Außenpolitik machen könnte oder wirklich gemacht hätte, auch wenn es keinen Butter-, Eier- und Fettmangel, keinen Zeitungstod, keinen Devisenschwund, keine Verteuerungswellen gäbe, würde dennoch immer ein Joseph Göbbels die notwendige Säule des Regierungsprinzips im Dritten Reich darstellen. Denn die Masse, die das Dritte Reich nun einmal seelisch alimentiert, die Masse der »revolutionären« Babuckes, die eigentlich nur eine einzige grandiose, durch die Weltkrise erzeugte Auslese der Untüchtigen der Nation darstellt, braucht nun einmal den Spektakel mit oder ohne gute oder schlechte Politik, mit oder ohne Butter auf das Brot. Sie ist tatsächlich jener »Primitivität« schicksalhaft verhaftet.

Vor diesem massenpsychologischen Hintergrund allein wird verständlich, wie sich

seit kurzer Zeit ein gut einexerzierter, enorm aufschlußreicher System- und Methodenwechsel im Sektor des sogenannten »Kulturkampfes« gegen die katholische Kirche im Reich vollziehen konnte. Die außerordentlich zahlreichen, eigentlich am laufenden Band angestregten Devisenprozesse gegen katholische Welt- und Ordenskleriker, gegen Priores und Generalvikare dienten gewiß — und zunächst auch wohl mit vollem Erfolg — dem Dauerbedürfnis des Regimes nach horriblen Zirkusspiessen. Man erinnert sich in diesem Zusammenhang ja zwanglos der Tatsache, daß gleich beim allerersten dieser hochnotpeinlichen Verfahren — es rollte sich in Berlin selbst ab und angeklagt war eine rheinische Aebtesin — der Anklagevertreter mit pathetischer Geste verlangte, daß die Delinquentin, die nicht recht wußte, wie ihr da geschah, in demselben geistlichen Kleid auf dem Armleucherbänkechen zu erscheinen habe, gegen das sie so gefrevelt habe; und es war ein deutsches Gericht und ein deutscher Gerichtsvorsitzender, der den zynischen Spaß sogleich verstand, sofort eine Extrapause einlegte und die Verhandlungen so lange vertagte, bis der Gerichtspedell die Nonnentracht aus dem Sankt Hedwigskrankenhaus besorgt hatte...

Aber gerade diese Devisenprozesse nutzten sich ab. Schließlich sind auf die Dauer Kontozahlen, Bilanzfiguren und Bankausancen immer nüchtern und langweilig. Kurz entschlossen riß man also jetzt die ganze Regie herum! Erfolgversprechender, weil prickelnder —: Man verurteilt jetzt einfach katholische Geistliche, ebenfalls am laufenden Band, wegen — Sexualdelikte... Welche neue Chance für den Regisseur! Allen sehr zahlreichen Prozesse dieser Art — und hunderte dürften noch bevorstehen — sieht man auf den ersten Blick an, wie sorgfältig die politische Regie sie vorbereitet hat. Angebliche schmierige Dinge, die zehn oder gar zwanzig Jahre zurückliegen sollen, sind auf ein-

mal komplett aktenmäßig da! Seit zwei Wochen ungefähr hagelt es in fast jeder deutschen Großstadt mit dichter katholischer Bevölkerung Kinderschänderprozesse gegen »vertierte« Geistliche, die so ganz und gar in den »großen Männerbund römische Kirche« (frei nach Rosenberg, aber wörtlich nach dem SS-Kampforgan!) »Das schwarze Korps«! passen. Nach dem »Westdeutschen Beobachter« sind im Regierungsbezirk Köln allein 8 Sittlichkeitsprozesse gleichzeitig anhängig gemacht. In Stuttgart gab es dieser Tage sogar einen Oberstaatsanwalt, der, wie die »Frankfurter Zeitung« mit jener Verlegenheit, die sich aus der Scham herleitet, berichtete, sogar in einer Elternversammlung eigens aufs Rednerpult kletterte und die notwendige »Aufklärung« über die Verhaftung eines hochangesehenen Stadtgeistlichen wegen angeblicher Kinderschänderung in 50 Fällen (!) gab (wie gesagt: »Volksaufklärung« in einem schwebenden Verfahren!) Ueberall auch die genau gleiche Prozeßstruktur: Der »zuständige« Ortsgruppenleiter der NSDAP vernimmt angeblich geschändete Schulkinder oder solche, die es gewesen sein wollen, zu Protokoll. Das Protokoll geht in allen Einzelheiten nicht nur an die Staatsanwaltschaft, sondern auch an die Redaktionen. Der »Stürmer« kann in förmlichen Spaltenkilometern schweigen.

Entscheidend aber ist gerade auch bei diesem ganz und gar unmenschlichen jüngsten Terror-Phänomen im Dritten Reich der massenpsychologische Zusammenhang mit jenem fatalen Begriff der »Primitivität« des Reichsbürgers Pg. Babucke. Gibt es nicht auch — als die des ewigen Spießers — eine stupende Primitivität des Sexualgeschmackes und der Sexualmoral? Oh, Pg. Babucke hat sie! Und Herr Göbbels baut auf sie! Auch hier gibt es historische Parallelen direkt aus dem Dritten Reich und seiner dreijährigen Geschichte selbst.

Denn: wer wüßte in der Welt nicht mehr, wie der Herr Reichsminister für Propaganda und Volksaufklärung höchstpersönlich dem Blutdunst der mörderischen Nacht vom 30. Juni 1934 die dickaufgetragene Sexualpikanterie in allen Details abzugewinnen wußte! Ja, das war es, was damals Pg. Babucke auch hören wollte und was ihn — trotz achtundert Erschossenen — hörbar schmatzen ließ! War es nicht Kaviar für jene Volkssorte, die Träger des Dritten Reiches ist, als haarklein ihr geschildert wurde — ganz reichsamlich, wie gesagt! — wer mit wem damals sich im Lotterbett gewälzt hat, bis dann freilich der strahlende Sankt Michael vulgo Hitler auszugehen mit flammendem Schwert — zwischen den wüsten Akt trat?! Jetzt, bei den Kinderschänderprozessen geht genau dieselbe Prozedur, die dem Pack jeden Alters, jeder

aus dem zweiten Kriegsjahr (!) breitzutreten, nun doch einige dicke Sachen nachgewiesen: er habe sich an der minderjährigen Tochter seines Parteigenossen, des Bergmann Biller, vergangen und das, als er Gast im Hause ihrer Eltern war. Terboven wagte keine Klage, sondern begnügte sich mit einer »Einstweiligen Verfügung«, die ihm gefällige Richter mit der aus dem Simplizissimus entsprungenen Begründung zugestanden, die behauptete Tat sei kein Vergehen an dem Mädchen, sondern an den — Eltern. Der Vorsitzende der damaligen Kammer, Herr Göbel, prangt heute auf einem Ehrenposten im nationalsozialistischen »Juristenbund«.

Geschadet hat dem »kosmischen Josef«, wie er seit der Affäre in Essen hieß, die Sache

natürlich nicht. Zu seiner Hochzeit mit einer Dame aus der gesellschaftlichen Spitze der NSDAP, die am Vortage des blutigen 30. Juni 1934 stattfand, erschienen Hitler und Göring als Trauzeugen. Und in der alten ehrwürdigen Münsterkirche zu Essen bildeten weißgekleidete Jungfrauen (Jahrgang Erna Biller) das Ehrenspalier.

Der Organisator von Attentaten gegen die französische Armee als Oberpräsident der deutschen Westprovinz, der Stipendiat der Ruhrindustrie als einflußreicher Mann im kommenden Remilitarisierungsgeschäft, der Vorführer des jungen Bergmannskindes als Hüter deutscher Sitte und Art am katholischen Rhein — wirklich der rechte Mann auf dem rechten Platz. Westfäliskus.

Wahlzeit — Mahlzeit:

Wer die Wahl hat, hat die Qual. Das will Göbbels schlicht vermeiden und er läßt drum jedesmal auch beim Wählen keine Wahl. Wählen heißt hier: Sich beschleiden.

Ja-Geschrei ist frei vernehmlich, Schweigen wirkt schon unbequemlich, doch die Nein sind rational. Ausgemerzt und aufgeföhrt werden Rote, Schwarze, Blaue und die Braunen einrangiert.

Aus dem Mark-Kurs auf den Börsen läßt sich einwandfrei erweisen, daß mit allen Butterpreisen auch die Kraft durch Freude steigt — wie der Wahlakt es uns zeigt.

Diktatorisch wird, was sein muß, arithmetisch praktiziert und es kommt genau nach Vorschrift: Resultat, wie kalkuliert. Einfach ist dies, doch weit schneller ist die nächste Wahlmethode. Göbbels pfeift: Dann heben alle zur Bekräftigung die Pfote.

Wie man sieht, erspart man hier tonnenweise Schreibpapier. Dieses rollt schon unterdessen durch die Reichsmark-Notenpressen. Festgeräusch, mit Unterton: Wie die Arbeit, so der Lohn.

Mädchen am Fjord

Wenn die Sonne hinter den Bergen verschwindet, schimmert der Fjord grünlich, während von den Felsen herab bläuliche Schatten über die kleine Stadt fallen, die vom Meere her am Hange emporsteigt. In diesem Städtchen wohnt das Mädchen Helga, Verkäuferin in einem Papier- und Buchladen. Wenig geschieht in dem Orte. Nur die Schiffe, die hin und wieder anlegen, schwimmen etwas Loben in die Bucht.

Einmal im Frühling brachte so ein Dampfer auch deutsche Reisende mit. Sie stiegen in der kleinen Stadt ab und sangen in dem Café am Ufer ihre Lieder. Helga hörte ein Lied, das ihr nicht wieder aus dem Kopfe wollte; es begann: Ich weiß nicht, was soll es bedeuten, daß ich so traurig bin... Und besang die Mir vom Loreleifelsen.

Das paßte so schön zu dem Fjord und zu der Sage von dem Trollmädchen, das bei Mondenschein oben auf der Klippe gesessen und so manchem Schiffer nächtens zum Verderben geworden war. Helga schrieb sich das deutsche Lied auf und lernte es singen, denn Sechszehnjährige sind nun mal in aller Welt so. Und weil das Lied gar so schön war, interessierte sie sich für den Dichter, ließ seine Bücher kommen, las viel darin und verliebte sich in den Poeten so nachhaltig, daß sein Buch der Lieder auf ihrem Nachttisch lag. Viele der Gedichte schrieb sie ihrem Freunde, der die Lieder auch so schön fand und ihr dafür andere Verse schickte; auch die stammten von jenem Dichter. Helgas schönster Traum blieb es, mit ihrem Freunde einmal an den Rhein zu reisen und auf dem

Loreleifelsen mit ihm das Lied zweistimmig zu singen. Denn sie war inzwischen achtzehn geworden und Achtzehnjährige sind nun mal so.

Alle Jahre im Sommer kam ein Herr aus Deutschland in den Fjord und brachte Bücher für den Laden. Diesen Herrn fragte Helga nach dem Dichter. »Ja«, sagte der Mann, »von allen deutschen Lyrikern ist er der bekannteste, er steht auch in Schul-Lesebüchern...« Und schickte ihr später ein Buch, aus dem sie viel mehr über den Dichter erfuhr. Wie er Deutschland verlassen mußte, wie er nach Frankreich ging, wie er sich nach seiner deutschen Heimat sehnte und wie aus seiner Sehnsucht schwere und bittere Verse wurden. »Denk ich an Deutschland in der Nacht, so bin ich um den Schlaf gebracht...«

Helgas blaue Augen glänzten feucht, wenn sie solches las, denn auch sie liebte ihre Heimat und vermochte nicht zu denken, daß man einen Menschen aus seinem Lande verbannen konnte, der so schöne Gedichte schrieb und Lieder dichtete, die man in allen Ländern sang.

Denn die blonde norwegische Helga war, wie ihr gleich hören werdet, ein verdorbenes Mädchen, ohne nordischen Rassenstolz und germanischen Rasseninstinkt, und die Stunde ließ nicht auf sich warten, da sie eigentlich an sich hätte irre werden müssen. Das war, als ein jüngerer deutscher Tourist durch ihr Städtchen reiste. Nicht gerade blond und blaugrün, aber dafür zackig gestrafft und mit schnarrendem Ton in der Kehle. Auf seinem Kopfe saß eine skalpartige Tolle, die an den Seiten kurz geschritten und steil ab-

fiel, wie die nackten Hänge des Fjords. Den also wehte es auch in Helgas Laden. Dort stöberte er in den Büchern, schüttelte den Kopf über die undeutschen Namen, die er dort fand und die alle nach Emigration schmeckten. Leise zirkend fragte er Helga, ob sie denn keine deutschen Dichter kenne.

»Doch«, sagte Helga, »Heinrich Heine. Sein Buch der Lieder kann ich beinahe auswendig.«

Unwillig schüttelte er seine Skalploche und faßte das Mädchen strafend ins Auge. So blond und blaugestern, wie aus der Edda entsprungen, mit klarer Stirn und allen vom Professor Günther festgelegten germanischen Rassemerkmalen, inklusive der halbkugelförmigen Brüste — und schon so verdorben! Und damit ihr an das Mädchen Helga glaubt und nicht denkt, diese Geschichte sei irdichtet, wird nunmehr das Februarheft der »Neuen Literatur« zitiert. Dort berichtet der betroffene Hakonkreuzer seinen Schmerz über Helga und was er ihr antwortete: »Ich sagte ihr, daß der Mann kein deutscher Dichter sei, sondern nur in deutscher Sprache geschrieben habe...« Neudeutsche Autoren müsse sie lesen, die den nordischen Geist Deutschlands repräsentierten, denn sie sei doch eine rassenreine Nordin und Wodans Tochter. Und weil die Törrin wortlos staunte und sogar feixen mußte, empfahl er sich und einige Bücher.

Ueber ein Kleines erhielt sie auch prompt ein Paket mit vielen Bänden. Obenauf ein Schild mit Hakenkreuz und der Inschrift: »Deutsche Dichter, Helga!« Aber als sie zu lesen begann, da war ihr, als hätte sie nie Deutsch gelernt. Das dröhnte nur so von Blut

Die Frau als Objekt brauner Zuchtbulen

Deutschland wird zum SA-Bordell erniedrigt!

„Weltanschauung“ und jeder Klasse recht, was eben das Pack braucht, folgendermaßen von staten: „Hallo, hallo! Hier Königswusterhausen und die angeschlossenen deutschen Sender! In dem bekannten Prozeß gegen den katholischen Pfarrer X. in Y. wurde heute das Urteil gefällt. Die Verfehlungen an kleinen Schulmädchen hat dieser Pfarrer teilweise in den Schulklassen verübt, so daß auch die Knaben Zeugen seiner Verfehlungen wurden.“ Das ist eine Silbe für Silbe wörtliches Zitat aus einer deutschen Gerichtsmeldung — einer von täglich ein und derselben Gattung!

Aber Pp. Babucke braucht mehr! Ueber folgendes berichtet die sehr seriöse, seit kurzem in Paris erscheinende katholisch-deutsche Korrespondenz „Kultur-Kampf“ (Nr. 3):

„Mit welchen Methoden vorgegangen wird, mag ein Vorgang beweisen, der zu unserer Kenntnis gekommen ist. Ein junger Kaplan (wir nennen absichtlich nicht den Ort) wird zu einem Kranken gerufen. Er betritt das Haus und wird durch ein mit zahlreichen kartenspielenden Männern gefülltes Zimmer geführt, die ihn in das anschließende Zimmer verweisen. Im Augenblick des Eintrittes des Kaplans in dieses Zimmer fällt ihm ein dort wartendes nacktes Weib um den Hals, während aufzuckendes Blitzlicht die Szene auf der Platte festhält. Wir wissen ferner, daß schon seit langem eifrig mit Photomontagen gearbeitet wird: echte Photographien von Geistlichen werden mit beliebigen anderen zusammengestellt und neu photographiert. Die pornographische Anstalt der Kirchenfeinde des Dritten Reiches wird uns noch manches Erzeugnis schmutziger Phantasie beschreiben; überraschen wird sie uns nicht.“

Dazu stellt der christlich-soziale „Deutsche in Polen“ in seiner letzten Nummer fest, daß auch der gegen „marxistische Untermenschen“ oft genug angewandte Trick, den Opfern von Haussuchungen unzuchtige Artikel in die Schubladen zu schmuggeln, auch im „Kulturkampf“ durchaus in Übung ist.

Was ist — nach alledem! — noch dieses Deutschland!? In der Geschichte der gesitteten Menschheit hat es manchmal Ochlokratie, Schreckenesherrschaften des Pöbels gegeben —! Diese aber, noch nicht! Streicher, dem ja auch neulich eine Art Weihe-Zelle „im Namen der Reichsjustizverwaltung“ gestiftet wurde, inspiriert praktisch und theoretisch die deutsche Gerichtsbarkeit; der „Stürmer“ setzt die Normen des gewissermaßen amtlichen Sexualerlebens; Schmutz und Schund ist die tägliche Aktenarbeit eines ganzen Ministeriums mit hundert Referenten und zweihundert Fenstern; die Pornographie thront auf kulturellem Sessel; Bocksgestank bis hinauf zum „Führer“! Dieses Deutschland —? Weine, Deutscher; du brauchst dich deshalb nimmer zu schämen. F. E. Roth.

Der Teufel mag darüber philosophieren, wie Hitler zu den Frauen steht, ob er eine hat oder keine will, ob er normal oder abnormal liebt, ob er Komplexe hat oder impotent ist. Hitlers Sexualität kann uns schnuppe wie der Kehlkopf sein. Daß der Nationalsozialismus als Massenbewegung keine so geheimnisvolle Einstellung zum weiblichen Geschlecht hat, das dürfte von größerer Wichtigkeit sein. Tatsache ist, daß die Frau im heutigen Deutschland zur »SA-Matratze« degradiert wird! Tatsache ist, daß jegliche Intimität in der individuellsten Sphäre des menschlichen Daseins mit brutalen SA-Faustschlägen zerstört wird! Tatsache ist, daß die feinsten menschlichen Empfindungen dem verrohtesten Pöbel preisgegeben werden, welcher von einer terroristischen Partei zu Hütern der deutschen Sittlichkeit bestimmt wurde! Tatsache ist, daß das menschliche Liebesleben dem Jahrmarktstreiben verwahrloster Lämmels ausgesetzt ist; Tatsache ist ferner, daß die Frau in Gefahr steht, einer Horde SA-Gesinde wehrlos ausgeliefert zu werden, um der Kuh gleich, als Objekt staatlich anseriesener Zuchtbulen zu dienen. Deutschland soll zum SA-Bordell erniedrigt werden!

Verhängnisvolle Blüten treibt die Sumpflume der Rassezüchtung. Wir sind gewiß mancherlei gewöhnt — aber die folgenden Ausführungen aus zwei Werken von »Rassewissenschaftlern« sind von so provokatorischer Deutlichkeit, daß die selbst uns noch erschüttern, obwohl wir miterleben mußten, wie politischen Gefangenen, deren Frauen und Kinder in Schmerz und Kummer lebten, von verlumpten SA- und SS-Leuten gesagt wurde: »Na, wir werden eure Weiber mal besuchen, ... wir können ja schließlich auch wat!«

In dem Buche »Weltanschauung und Rassenzüchtung« von dem Berliner Arzt Dupré ist u. a. folgendes zu lesen:

»Erbtüchtige Frauen wählen unter den

vom Rat der Alten zur Auswahl gestellten Männern

mit hochwertigen Erbeigenschaften den zur eigenen Veranlagung passenden Partner aus und bleiben mit ihm in streng monogamer Einbeziehung bis zur eingetretenen Befruchtung vereinigt. Das Paar wird dann getrennt, und die werdende Mutter lebt bis zur Entbindung ehelos auf Kosten der Allgemeinheit.

Nach etwa 2 Jahren

wird sie in neuer, fruchtbarer Zeite mit einem andern hervorragenden züchtungstüchtigen, männlichen Partner zusammengegeben. Solche natürlich auch besonders mutterschaftstüchtigen Frauen sollen auf diese Weise etwa sechs Kindern das Leben schenken, während das züchtungsuntüchtige Weib von der Mutterschaft auszuschließen ist. Letztere sowie die von der Fortpflanzung ausgeschlossenen züchtungsuntüchtigen Männer sollen in der gewollt unfruchtbaren Zeite die Möglichkeit zu einer vernünftigen Befriedigung des Geschlechtsdranges finden.

Die Kinder werden in besonderen Frauenhäusern gemeinschaftlich von erprobten Erzieherinnen erzogen, die Knaben vom sechsten Lebensjahr an im Männerhaus.

Die erbtüchtige Mutter

lebt im Schutze des Frauenhauses und empfängt auf Grund einer Vereinbarung mit der Obermatrone in gewissen Zeitabständen ihren zeitweiligen Partner.

Noch idyllischer, noch SA-männlicher stellt sich der Leipziger Professor Ernst Bergmann die deutschen Bordelle vor. In seinem Buch »Erkenntnisgeist und Muttergeiste« ist folgendes zu lesen:

»Einbeziehung auf Lebenszeit ist widernatürlich und artschädlich.

Wo sie wirklich durchgeführt wird — und bei Menschen ist dies trotz aller Gesetze glücklicherweise nicht möglich gewesen! — muß die Art verklümmern. In einem richtig gebauten Staat ist das Weib, das nicht geboren hat, unehrenhaft. Zur Begattung der vorhandenen Frauen und Mädchen finden sich Willige und Fleißige genug, und glücklicherweise genügt ein flotter Bursche für 10 bis 20 Mädchen, die den Willen zum Kinde noch nicht ertickt haben, bestände nur nicht die naturwidrige Kulturansicht der monogamen Dauerehe.«

Man denke aber nicht, daß es sich hier um zwei Verrückte handelt, die ihre Privatmeinung wiedergeben. In Deutschland gibt es bekanntlich keine Privatmeinung mehr. Die hier wiedergegebene Stellungnahme ist im Keime sowohl im »Kampf« als auch in anderen nationalsozialistischen Schriften, besonders aber im »Mythos des 20. Jahrhunderts« von Alfred Rosenberg, dem Hüter nationalsozialistischer Weltanschauung, enthalten. Rosenberg verteidigt die Vielweiberei mit dem Hinweis auf ihre große Bedeutung für die »abendländische Kultur«. Daß die Frau eine Persönlichkeit ist, welche darüber zu entscheiden hätte, mit welchem Menschen sie eine innige menschliche Bindung eingehen könnte, kommt den braunen Barbaren überhaupt nicht in den Sinn. Sie denken aber auch nicht daran, ihr heuchlerisches Getue über die vom Marxismus angeblich so verkannte Bedeutung der Persönlichkeit zu unterlassen. Und dabei ist niemand schärfer gegen die »tierische Form der Weibergemeinschaft« zu Felde gezogen, als gerade Karl Marx. »Im Verhältnis des Mannes zum Weib drückt sich aus, inwieweit seine menschliche Natur ihm zur Natur geworden ist. Ferner: inwieweit der Mensch dem Menschen zum Bedürfnis geworden ist, wieweit sein Dasein zugleich Gemeinwesen ist.« Man lese nach, was Marx in seinen wunderbaren Frühschriften über die Beziehung von Mensch zu Mensch gesagt hat, und man wird begreifen, warum der Nationalsozialismus den Marxismus hassen muß.

Man soll nicht glauben, daß die neudeutschen »Liebesprinzipien« nicht schon vielfach in Wirksamkeit sind. Man macht sich keine Vorstellungen, was die Mädchen der Landhilfe ausgesetzt sind! Es sind Fälle bekannt geworden, daß sich Angehörige der Mädchen bei nationalsozialistischen Instanzen über die sexuelle Verwahrlosung beklagt haben und sie prompt die Antwort erhielten: das mache doch nichts, die Mädels sind doch zum Kinderkriegen da! Die Praxis entspricht der Theorie.

Brauner Nadruf auf einen Emigranten

»Kein deutscher Mann, kein Mann von Ehre Will Zensor fürder sein!«

Freiligrath.

Wie gesagt, es ist ein Kreuz mit den alten Achtundvierzigern. Einer wie Freiligrath steht in den Lesebüchern; man kann einen so klassischen Vorkämpfer der Demokratie und staatsbürgerlichen Freiheit doch nicht gut zum Gegner des Dritten Reiches stempeln! Darum macht es die Nazipresse zu seinem 60. Todestag so: »Am 18. März starb vor sechzig Jahren...« Nun folgen einige Personalien, worauf sich der Kampf für Schwarzrot-

gold nicht mehr ganz verleugnen läßt und die Emigration auch nicht:

»Durch die politischen Verhältnisse des Jahres 1848 wurde Freiligrath in die Revolutionswirren mit hineingezogen und mußte wegen der Veröffentlichung seiner »Neueren politischen und sozialen Gedichte« nach England flüchten. Durch eine Nationalspende wurde es ihm ermöglicht, im Jahre 1868 nach Deutschland heimzukehren.«

Der Vorkämpfer und Sänger von 1848 wurde »in die Revolution mit hineingezogen...« Mehr läßt sich kaum bestreiten. Aber er hat diesen Muckern und Verfälschern deutscher Freiheitgeschichte bereits mit fünf Zeilen geantwortet:

Fehlbesetzungen

In einem Vortrag, den der Leiter im Außenpolitischen Amt der NSDAP, Thilo von Trotha, auf Einladung des Rassenpolitischen Amtes in der Berliner Universität hielt, forderte er, daß künftig die Helden im Film und auf der Bühne den Gesetzen der germanischen Schönheit entsprechen müßten, denn das sei nötig für die Fortpflanzung:

»Für uns weitet sich der Gedanke der Fortpflanzung zur sittlichen Forderung der Zucht: Mann und Weib... Der höchste Wert aber bleibt für den Germanen (der Grieche sah hier anders) der Adel der Gesinnung, der auch Mängel der leiblichen Gestaltung auszugleichen vermag. Das Idealbild des germanischen Menschen war stets der freie Geist im gesunden Körper.«

Das mit dem freien Geist in Gangsterien ist besonders schön. Dafür jedoch ist von Talent nicht die Rede; schon einer wie der eckige Kainz, ob Jude oder nicht, wäre für die neue braune Kunst kein richtiger Held gewesen.

»Parzival, Gudrun, Kriemhild und Siegfried, sie alle zeigen in der edlen Hülle eines hochragenden Leibes starken Willen und reine Gesinnung. Es war ein verhängnisvoller Irrtum des Kunstschaffens der jüngst vergangenen Zeit, wenn man glaubte, daß die heldischen Gestalten des Dramas von unschönen, ja mißgebildeten Darstellern verkörpert werden könnten. Und vielleicht war es nicht einmal ein Irrtum, sondern der bewußte Wille den Hang zum Gesunden und Reinen vor allem in der Jugend durch körperliche Fehlbesetzungen irre zu leiten oder zu erticken.«

Und wie steht das mit Göbbels, Göring Hitler? Was ist zu diesen »körperlichen Fehlbesetzungen« zu

Nein, ob ins Exil auch die Eidfesten schritten; Ob, müde der Willkür, die endlos sie litten, Steh andre im Kerker die Adern zerschneiden —

Doch lebt noch die Freiheit, und mit ihr das Recht!

Die Freiheit! Das Recht!

Bedenkliche Zeichen. Während sich die Spareinlagen bei den deutschen Sparkassen im Januar 1935 um 327 Millionen Mark erhöhten, betrug die Erhöhung im Januar 1936 nur 296 Millionen Mark, wovon aber 172 Millionen Mark auf Zinsgutschriften entfallen.

Der Spazierstock

Bei Rascher u. Cie., Zürich, hat I. P. Mayer ein interessantes Buch mit Auszügen aus Nietzsches Werken herausgebracht, worüber die »Neue Literatur« also klagt:

»Auch diese Auswahl ist tendenziös; sie zeigt uns in starrer Ausschließlichkeit den europäischen, besser den paneuropäischen Nietzsche, den großen Bekämpfer der angeblich aufsteigenden Verherdung. Daß dabei ein dickes Buch von über 300 Seiten herauskommt, das weitaus nur antideutsche Äußerungen Nietzsches... zusammenträgt, sollte doch manchem Uebereifrigen, der Nietzsche schiechtweg für den Philosophen des Nationalsozialismus erklären möchte, zu denken geben. Es erscheint uns gewagt und wirklich nicht ungefährlich, die Verbindung zwischen den Idealen des neuen Deutschland und den Anschauungen dieses entschiedenen Verherrlichers weltlichen und jüdischen Wesens allzu eng zu knüpfen.«

Solange haben die gebraucht, um dahinter zu kommen. Warum nicht ein bißchen früher? Wollte man erst Nietzsches völkische Schwester sterben lassen, die dem Führer einen Spazierstock aus Nietzsches Nachlaß verehrte?! Und warum hat man den ahnungslosen Karl May-Leser nicht früher über das aufgedeckt, was jeder Gymnasiast weiß?! Was fängt er nun mit dem verjudeten Spazierstock an?

und Boden, Heroismus und heiligem Krieg, Mannestreue Berserkergang und nordischem Geist. Noch schlimmer wucherte die Sprache auf ihren Kopf: schwulstig, überladen und durcheinander wie bei den Irren. Helga hatte den Dichter verstanden, der kein Deutscher sein sollte, aber das hier, das Neudeutsche, das verstand sie nicht und ihr Freund auch nicht und niemand im ganzen Städtchen, so verwahrlost war das Nest.

Darum packte das Mädchen am Fjord die seltenen Bücher säuberlich wieder ein und schickte sie an die Skalplocke zurück und schrieb dazu, niemand im ganzen Ort werde aus all dem klug und er solle entschuldigen. Und wenn das Gedruckte nordischer Geist sei, so müsse der wohl noch weiter im Norden zu Hause sein, vielleicht bei den sagenhaften Trollen, oder bei dem Volk der Lappen. Oder vielleicht noch weiter oben bei den Eskimo, wo man Krieg und Menschenmord zwar verabscheue, die Eskabären aber immer noch mit dem Spieß gejagt und die Fische roh gegessen würden und die Menschen noch in Fellen einhergingen. Bruno Brandy.

Mit Vollgas in die Literatur

Unter dieser schönen Überschrift wendet sich die katholische Zeitschrift Hochland (Kempten) gegen die anreizlosen Inserate, mit denen sich im Dritten Reich die neue gereinigte Schriftstellerei oft empfiehlt. Es heißt da:

»Unsere Schriftsteller oder vielmehr nur diejenigen von ihnen, denen man noch nicht die halb fertigen Manuskripte unter Verzicht auf Vollendung aus der Hand reißt, berufen sich in ihren Anzeigen auf höchst merkwürdige und selbst für den Konner ihres Zunft-

lebens befremdende Umstände. Hier ist keine Rede von hoher Einbildungskraft und von blendendem Stil, und falls einer wirklich mal auf die Idee käme, seine Gedanken als irgend- wie belangvoll dabei im Text zu erwähnen, dann würde er sie doch höchstens als »zeitgemäße« bezeichnen. Aber was soll man nun davon halten, daß ein junger Mann, er mag ja im übrigen sein, wie er will, den Besitz eines Führerscheins III, daß ein anderer eingehende Kenntnisse in Paläographie und Diplomatie ins Treffen führt und das nicht etwa, um Schöffur oder Bibliothekar zu werden, sondern um ein publizistisches Amt zu erlangen? Bei aller Weitherzigkeit, das geht nicht, das untergräbt das Ansehen unserer Berufstandes...«

Denn man müsse doch auch an den Leser denken! Was entsteht, wenn er solche aufschlußreiche Blicke in die neudeutsche Literatürküche tut?

»Der Leser verliere den Respekt vor uns Schriftstellern... Jede menschliche Tätigkeit... hat ihre besondere natürliche Würde, über die man sich nicht so ohne weiteres hinwegsetzen darf. Es verstößt aber gegen diese Würde, wenn sich, wie es tatsächlich geschehen ist, ein Schriftsteller als »ersten Fachmann auf dem Gebiete des Spielbank- und Glücksspielwesens« ankündigt oder wenn ein anderer von sich berichtet, er sei ein gar »vielseitiger Verbindungsmann im Schrifttum«. Schweigen wir von der Praxis, aber die Idee einer noch lebensvollen und vorwärtsdrängenden Nationalliteratur grenzt weder an die Erwerbssphäre eines Lottereeinnehmers noch an die eines Immobilienagenten.«

Die Gleichgeschalteten sollten respektvoller vom Lottereeinnehmer reden. Er braucht immerhin nur Lose zu verkaufen, aber keine Gesinnung. Und um die Meinung der Leser braucht ihr euch auch nicht mehr zu sorgen, denn welcher Leser nimmt Literatur oder Zeitung im Dritten Reich noch ernst?

Kriegsfinanzierung geht vor Sozialrente

Vermögensanlage der Invaliden- und Angestelltenversicherung

Die »nationale Befreiung« und die »Erfolge« der bisherigen Hitler-Regierung werden zur Zeit allabendlich als Wahlschlager serviert. Nur auf einem Gebiet herrscht goldenes Schweigen, in der Frage der Reichsfinanzen. Schacht weiß nicht, wie er die turmhohen kurzfristigen Schulden konsolidieren soll und schon sollen neue Milliarden für die mit der Remilitarisierung des Rheinlandes eingeleitete Hochkonjunktur in Rüstungen aus dem Boden gestampft werden. Die Besitzenden sträuben sich, Vermögenssteuern über sich ergehen zu lassen, die Sparkassen sind schon ausgepumpt. Um so gründlicher wird jetzt die Sozialversicherung ausgetüftelt, denn hier ist seit der Aufhebung der Selbstverwaltung die Stelle des geringsten Widerstandes.

Die »Deutsche Arbeits-Korrespondenz« (DAK), wie der bisherige Informationsdienst der Arbeitsfront umgetauft worden ist, schwelgt in nationalistischer Hochstimmung und wagt es, noch Lobeshymnen über die »Friedenspolitik des Führers« den Sozialrentnern den brutalen Raub ihres mühsam zusammengesparten Versicherungsvermögens schmachtend zu machen. Da wird einleitend orakelt: »Einmal werden die Völker doch erwachen.« Dann folgt zur allmählichen Gewöhnung an die harten Zeiten des Krieges ein Artikel:

»Wandlungen in den Vermögensanlagen der Angestellten- und Invalidenversicherung«

Die DAK setzt auseinander, daß infolge der Leistungskürzungen in der Rentenversicherung trotz der schlechten Zeiten eine günstige Vermögensentwicklung der beiden Versicherungszweige möglich geworden ist.

»Das Reinvermögen der beiden Versicherungsträger, das aus den Ueberschüssen der Beiträge über die Leistungen angesammelt wird, ist nach der schnellen Zunahme des Vorjahres um 421,4 Mill. RM im Jahre 1935 erneut um 488,5 Mill. RM gewachsen.«

Es wird zugegeben, daß es sich nicht um einen Reinzuwachs im Sinne »eines Reingewinnes« handelt, sondern daß lediglich die ungenügenden Rücklagen der Versicherung eine bescheidene Aufbesserung erfahren haben. Die DAK schreibt selbst:

»Man muß sogar darauf hinweisen, daß diese Rücklagen heute noch nicht ausreichen, um die versicherungsmäßigen Ansprüche der Beitragszahler zu decken.«

Es läge also aller Grund vor, eine solide Vermögensanlage der Versicherungsreserve zu bestimmen. Statt dessen werden diese dringend nötigen Rücklagen aus den Beiträgen der Arbeiter und Angestellten nur noch zur »Finanzierung der Arbeitsbeschaffung« das heißt für Reichszuschüsse zur Rüstungsindustrie absorbiert.

Wurde bisher noch ein Teil des Versicherungsvermögens für den Kleinwohnungsbau bereit gestellt, so schreibt jetzt das Blatt der Arbeitsfront:

»Seit 1933 aber ist die Anlagetätigkeit der AV und JV vorwiegend auf die Finanzierung der vom Reich selbst vorgenommenen Arbeitsbeschaffung gerichtet. Im Jahre 1934 mußte die Sozialversicherung ihren Besitz an Reichsanleihen um 77 Mill. RM erhöhen. Die AV hatte außerdem noch 122,5 Mill. RM kommunale Umschuldungsanleihe aus Reichsbesitz übernehmen müssen.«

Damit waren 46 Prozent des Vermögenszuwachses dem Reich nutzbar gemacht worden. Im Jahre 1935 sind die AV und JV noch stärker zur Finanzierung der Reichsausgaben herangezogen worden. An Reichsanleihen sind 255 Mill. RM und an kommunaler Umschuldungsanleihe 29,1 Mill. RM übernommen, also 54 Prozent des Vermögenszuwachses unmittelbar der Finanzierung der Arbeitsbeschaffung (des Kriegswirtschaft D.R.) zugeführt worden.«

Die gewissenlose Art, mit der hier weit über die Hälfte des nur rechnermäßigen Ueberschusses aus den Beiträgen als Kriegsanleihe geraubt worden war, ist erst im vollen Maße zu beurteilen, wenn man weiß, daß der größte Teil des Versicherungsvermögens ohnehin in Immobilien eingefroren ist. Die Invalidenversicherung kann weder bei den Gemeinden ihre ausgeliehenen Gelder flüssig machen, noch kann es die Angestelltenversicherung bei den ostelbischen Großgrundbesitzern. Die einzigen wirklich flüssigen Mittel aber, die durch den Leistungsabbau eingespart werden konnten, fließen über die Hälfte in das bodenlose Faß der Kriegswirtschaft des Reiches. Wie leichtfertig die Sorge um die Sicherung der Renten behandelt wird, mag aus folgenden Zahlen hervorgehen. Die IV und die AV hatten 1934 insgesamt eine Beitragseinnahme von 1160 Millionen Mark, dabei wurde ein Ueberschuß von 421 Mill. herausgerechnet, von dem 200 Millionen für Reichsausgaben enteignet

wurden. Diese »Wandlung in der Vermögensanlage« bedeutet also praktisch, daß die Alters- und Invalidenrenten von Monat zu Monat mehr in Frage gestellt sind. Aber der »Dank des Vaterlandes« ist den Beitragszahlern gewiß.

Diese Verschleuderung des Versicherungsvermögens geschieht in einer Zeit, in der die Hitler-Regierung durch das sog. »Gesetz über den Aufbau der Sozialversicherung« v. 5. 7. 1934 die versicherungsmathematischen Grundlagen der IV und AV vollkommen umgestoßen hat. Ueber dieses Experiment schreibt die »Monatszeitschrift für Arbeiter- und Angestelltenversicherung« vom Februar 1936, man könne über die Wirkungen dieses Gesetzes noch kein abschließendes Urteil abgeben.

»Wenn schon da und dort geteilte Ansichten laut werden, so muß man vorgefaßte oder nicht unparteiische Meinungen dabei ausschließen, aber man hört doch selten ernst zunehmende Warnungen vor einer Ueberschätzung des Wertes der Neuordnung... es fragt sich aber, ob die Rechtsicherheit nicht zu sehr darunter leidet und ob man der Praxis nicht zu viel zugemutet hat, denn zweifellos herrscht vielfach arge Verwirrung.«

In dieser bedrohten Situation der Sozialversicherung wird nun der größere Teil der

erübrigten flüssigen Mittel in der Kriegs-Arbeitsbeschaffung verbraucht.

Bei alledem verschweigt die DAK, daß auch die Beiträge aus der Arbeitslosenversicherung gleichfalls zum überwiegenden Teil für Reichsausgaben verbraucht werden. Bei einer Gesamteinnahme aus Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung und zur Arbeitslosenhilfe von 1,483 Milliarden RM wurden 1934 für Unterstützung an Versicherte ganze 240,900.000 RM aufgewendet. Dann wurde die Krisenfürsorge mit 535 Millionen RM finanziert und über 700 Millionen RM sind als direkte Ablieferung an das Reich, als Finanzierung der Notstandsarbeiten, Lohnzuschüsse zu Tiefbauarbeiten usw. verausgabt worden. Die Arbeitslosenversicherung hat sich zu einem Finanzierungsinstitut des Hitler-Reiches entwickelt.

Die Sozialrentner und die Arbeitslosen werden beraubt und betrogen, aber die Arbeitsfront proklamiert den Entrechteten und Enterbten dafür die »Friedenspolitik des Führers« und schließt mit den Worten:

»Nicht verzweifeln! Allmählich werden die Völker doch erwachen.«

Es liegt aller Anlaß vor, diese Hoffnung vor allem für das deutsche Volk zu haben.

Wie die Konkurrenz beseitigt wird!

Ein Beispiel von Pogromhetze.

Die Wuppertaler Nazis haben kürzlich ein Flugblatt herausgebracht, in dem der »koschere Schlichter Max Steinberg« bezichtigt wird, »deutschen Volksgenossen ungestraft Hundefutter als menschliche Nahrung« verkauft zu haben. Angeblich stank es in dem Judladen ekelhaft. Die Bevölkerung wurde aufgefordert, dagegen zu demonstrieren. Es wurde »Volkzentristung« markiert.

Dann aber verraten sich die dummen Lügner. Sie schreiben nämlich einige Zeilen weiter: »Es ist kaum zu glauben! Wer zählt heute noch zu den ständigen Kunden dieses Volksbetrügers? Beamte, Akademiker, Fabrikanten und Geschäftsleute unterstützen dieses Unternehmen. Der als homosexuell verdächtige Steuerinspektor... (folgt Name und Adresse)... ist der »Steuerberater« dieses Fleischjuden und erhält als Entgelt koscheres Fleisch und Geflügel kostenlos.« Und weiter wird festgestellt, daß diese und jene Fleischer die städtischen Krankenkassen beliefern und ihr Fleisch an gros vom Juden Steinberg beziehen. (Da will jemand die Krankenkassenlieferung haben, der ein Parteilbuch besitzt und Arier ist!) Und dann werden die Namen von zwei Dutzend Klüffern veröffentlicht, darunter ein Polizeirat, ein Justizobersekretär, viele Fabrikanten, Ingenieure, Akademiker, Kaufleute — und nicht ein einziger Arbeiter darunter. Trotzdem heißt es dann weiter, daß der Jude mit »ergaunerten Arbeitergroechen...«

Und welcher Dummkopf soll nun glauben, daß der Herr Polizeirat und all die anderen hohen Herren vor allem die Engros-Abnehmer und die Krankenkassen so ein unaussprechliches Bedürfnis nach stinkendem Hundefutter haben? Die Hetze liegt klar. Sie ist nicht nur gemein und verlogen, sie ist auch dumm.

Alles in einer Person!

Hitler ist oberster SA-Führer, Parteiführer, Reichskanzler, Reichspräsident und oberster Befehlshaber der Wehrmacht. Göring ist Reichsjägermeister, Reichstagspräsident, preußischer Ministerpräsident, General der Flieger und Reichsflugminister. Wobei es uns sehr wahrscheinlich passiert, daß wir die Liste der in seiner Person vereinigten Ämter nur unvollständig wiedergeben.

Diese Ämterkonzentration hat sich wie auf politischem Gebiet, so auch in der Wirtschaft breitgemacht. So ist der einstige Bankdirektor Friedrich Reinhart von den Nationalsozialisten — weil sie doch gegen das Kapital und gegen die Banken sind — in folgende Ämter hineingeschoben worden: den preußischen Staatsrat, in die Wirtschaftsgruppe privates Bankgewerbe als Leiter, in die Präsidentenstelle der Industrie- und Handelskammer Berlin, in die Präsidentenstelle der Berliner Börse, in den Zentralausschuß der Reichsbank und in den Verwaltungsrat der Reichsbahn.

An der Vielseitigkeit der Einnahmequellen einzelner kapitalistischer Koryphäen hat sich demnach unter dem nationalsozialistischen Regime nichts geändert.

„Heil“ — ein verdächtiger Gruß

In einem Berliner Betrieb verfügte die Betriebsordnung, daß nur »Bejager des nationalsozialistischen Staates« der Betriebsgemeinschaft angehören dürften. Im übrigen galt, wie ein Anschlag verkündete, »Heil Hitler« als Gruß. Eine Angestellte aber, die sich in ihrer Arbeit keiner Verfehlung schuldig machte, pflegte nur mit »Heile« zu grüßen. Zur Rede gestellt, machte sie geltend, in ministeriellen Erlässen sei dieser Gruß ausdrücklich freigestellt. Es half ihr nichts. Sie wurde fristlos entlassen, und zwar mit der Begründung, sie habe den deutschen Gruß verweigert. Die Angestellte erhob Klage beim Arbeitsgericht Berlin. Das Arbeitsgericht erklärte die fristlose Entlassung für unberechtigt, billigte aber die fristgemäße Kündigung. Auf die Berufung des Unternehmers hob jedoch das Landesarbeitsgericht Berlin (103 Sa. 979/35) das Urteil des Arbeitsgerichts auf und erklärte auch die fristlose Entlassung für berechtigt. Das Verhalten der Klägerin sei, so meint das Landesarbeitsgericht, nur so zu erklären, daß sie in Wirklichkeit den nationalsozialistischen Staat nicht bejage und diese Einstellung dadurch bekunde, daß sie den Namen des Führers vermeide.

Jetzt sind sogar schon die Heil-Grüßer verdächtig. Wenn das so weiter geht, wird nächstens das Fehlen eines Hitlerbildes überm Bett ein Verhaftungsgrund sein.

Neudeutsche Druiden unter sich

Dinter contra Hauer.

»Vermutlich bekleidet der jüdische Rabbiner heute das Amt des »Weihvaters« in der sogenannten »Deutschen Glaubensbewegung«. Der katholische und der evangelische Priester sitzen wahrscheinlich in der Redaktion des »Reichswart« (Organ des alldeutschen Grafen Reventlow, Reichstagsabgeordneter der NSDAP. — D. R.) Und der indische Buddhist dürfte Privatsekretär des Professor Hauer sein. Der ganze buddhistisch — protestantisch — katholisch-jüdische Menschheitsbund in der »Deutschen Glaubensbewegung« vereint! Mehr kann man nicht verlangen! Hallelujah!«

So wettet Dr. Arthur Dinter, der Dinten-Büch-Sünden-Dinter, ebenfalls M. d. R. der Nazis, in seiner letzten Februar-Monatszeitschrift seiner »Deutschen Volkskirche«, begründet, nach ihrem Untertitel: »Zur Vollendung der Reformation und zur Wiederherstellung und Austreibung der reinen, von jüdischen und judenchristlichen Fälschungen befreiten, arisch-heldischen Lehre Jesu« (süder wörtliches Titelzitat! D. R.) Beide typisch nationalsozialistischen religiösen »Erneuerungsbewegungen«, die Hauersche »Deutsche Glaubensbewegung«, wie die Dintersche »Deutsche Volkskirche« machen zur Zeit wieder Spektakel-Versammlungen um die Wette in Deutschland, an beiden »arischen« Wiedertäufern und Knipperdöllingern sind die prominentesten Nazis, Minister und Oberpräsidenten,

Polizeigeneräle und Gauleiter sehr aktiv beteiligt; beide Teutonen-Kirchen beziehen ihre Pfaffen ausschließlich aus den Reihen ihrer mit dem »Goldenen Parteilabzeichen«... Wodan ist dringlich; aber der Klingelbeutel ist noch viel dringlicher!

Lyrik durch die Mohn-Blume

Pressemeldungen zufolge mußte der Lyriker Friedrich Georg Jünger Deutschland verlassen, weil er in einem Gedichtband 1935 ein zu aktuelles Gedicht veröffentlicht hat. Der Dichter dichtete über den Mohn, in dem ein ganz besonderer Saft enthalten ist, der oftmals zu nichts gutem und manchmal sogar in eine schwedische Irrenanstalt führt. Göring dürfte gleich gewußt haben, wer und was gemeint ist — und nun sitzt Jünger als ein verspäteter Ausgestoßener wie andere draußen.

Daß mit dem Gedichtband etwas nicht stimmte, merkte man an seiner ungewöhnlich hohen Auflage, welche verursacht wurde durch die ungewöhnlichen Rhythmen über die Visionen eines Morphiumslüchtigen. Hier dränge Stellen aus dem Gedicht:

Oft schon herrschten Tribunen, es floh in die lieblose Fremde
Finster Coriolan, fort ging der edlere Mann,
Prahnd blieb der Schwätzer zurück, um-
jaucht von der Menge,
Histrionengeschmeiß spreizt sich auf hohem
Kothurn.«

Gaukler treiben mit Worten ihr Wesen, Lügner sie deuteln,
Retter, sie retten den Trug, Aerzte, sie scheuen den Tod.
Wollt ihr betrügen das Volk, so schmeichelt ihm schamlos und lobt es,
Dient ihm vor allem zuerst, eh' ihr es redend beherrscht.
Hört, es schmeicheln Tribunen dem Volk, es jubeln Betrog'ne
Laut den Betrüger zu, die sie mit Netzen umgarnt.

Feste seh' ich und Feiern, ich höre Märsche, Gesänge,
Bunt ist von Fahnen die Stadt, immengleich summet der Schwarm.
... sie bejubeln den Sieg, der, über Brüder erfochten,
Silber als Siege sie dünkt, die man in Schlachten erstritt.
Schmerzend hallt in den Ohren der Lärm mir,
mich widert der Taumel,
Widert das laute Geschrei, das sich Begeisterung nennt.

»Fort ging der edlere Mann« — der Dichter hat sein Schicksal geahnt. — Er wollte etwas »durch die Blume« sagen — und ist durch die Blume der Heimat verlustig gegangen.

Hohe Schule

»Da streicht ein Komet über Deutschland. Adolf Hitler zeigt Hans Schemm den Weg aus der Not. Seine wissenschaftlichen Erkenntnisse, die er in den Laboratorien gewonnen hat, vor allem aber diejenigen als Bienenzüchter, beweisen Hans Schemm die Richtigkeit seiner nationalsozialistischen Ueberzeugung.«

Gauleiter Wächtler am Grabe des vor einem Jahre tödlich verunglückten bayerischen Ministers Hans Schemm. (Rundfunk-Uebertragung.)

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphica«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czechoslovakia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kč 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien Belga 0.48 (5.90), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Guld. 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lir. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA. 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Postscheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 46.149, Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Wien B-198.304, Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 190.163, Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697, Ungarn: Anglo-Cechoslowakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad, Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029, Jugoslawien: Anglo-Cechoslowakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.